

Bezugspreis
monatlich M
in der Geschäftsstelle 1000.—
in den Ausgabestellen 1100.—
durch Zeitungshändler 1200.—
am Postamt 1320.—
ins Ausland 600 deutsche M.

Fernsprecher:
2278, 3110.

Tel.-Ahd.: Tageblatt Posen.
Postcheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt Betriebsförderung Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Besitzer keinen Anspruch auf Nachleistung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint
an allen Werktagen.

Anzeigenpreis:
f. d. Millimeterzeile im
Anzeigenteil innerhalb
Polens 60.— M.
Reklameteil 180.— M.

Für Aufträge { Millimeterzeile im Anzeigenteil 20.— d. M.
aus Deutschland } Reklameteil 60.— d. M.

Der Schutz deutscher Interessen vor dem deutsch-polnischen Schiedsgericht.

Von Dr. U. Rukier.

Auf die Wichtigkeit des gemischten deutsch-polnischen Schiedsgerichtshofs ist an dieser Stelle bereits wiederholt hingewiesen worden. Es ist zwar richtig, daß die deutschen Interessen bei den anderen auf Grund des Friedensvertrages eingesetzten Schiedsgerichtshöfen nicht hinreichend berücksichtigt worden sind. Dies erklärt sich indessen daraus, daß gegenüber den alliierten Hauptmächten Deutschland im wesentlichen als Schuldnier dasteht; mithin dienen die gemeinsam mit diesen Staaten gebildeten Schiedsgerichtshöfe wesentlich der Durchführung englischer, französischer Ansprüche gegen Deutschland. Es überwiegt also bei diesen Schiedsgerichten der Schutz der gegenseitigen Interessen. Genau umgekehrt ist es bei den Schiedsgerichten, welche zwischen Deutschland einerseits und den neuen Staaten andererseits gebildet worden sind, und zu welchen auch der deutsch-polnische Schiedsgerichtshof gehört. Diese Schiedsgerichtshöfe sind zum wesentlichen dazu da, die genaue Einhaltung derjenigen Vorchriften des Friedensvertrages zu kontrollieren, welche sich auf die Behandlung des deutschen Privateigentums in den neuen Staaten beziehen.

An erster Stelle steht hier die Kontrollierung der Liquidationsmaßnahmen. Bekanntlich hat Polen, wenn es das deutsche Eigentum liquidiert, den Liquidationserlös unmittelbar an den Berechtigten auszuzahlen. Wird durch Maßnahmen der polnischen Regierung, die außerhalb der allgemeinen Gesetzgebung liegen, die Höhe des Liquidationserlöses unbillig beeinflußt, so kann der Schiedsgerichtshof den polnischen Staat zu einer angemessenen Entschädigung verurteilen. Diese abstrakte Formel gibt einen stärkeren Rechtsschutz für das deutsche Vermögen, als es zunächst den Anschein hat. Das bislang vom polnischen Liquidationsamt beobachtete Verfahren bestand darin, daß dem Eigentümer binnen einer Frist von einem bis sechs Monaten aufgegeben wurde, die Liquidationsmasse an eine Person zu verkaufen, welche dem polnischen Staat nicht feindlich gesinnt sei und welche den Erwerb nicht zu Spekulationszwecken vornehme. Da diese Bedingungen sich im wesentlichen auf psychologische Momente beziehen, ist eine objektive Nachprüfung, in wieweit ein Bewerber diesen Bedingungen entspreche, so gut wie unmöglich. In der Praxis kam es dann immer darauf hinaus, daß der Liquidationsverkauf nur genehmigt wurde, wenn der Erwerber ein Nationalpole war, und wenn der Kaufpreis weit unter dem wahren Wert zurückblieb. Zahlreiche Liquidationsverkäufe mit angemessenen Verkaufspreisen sind nicht genehmigt worden und zwar ohne Angabe von Gründen. Es liegt auf der Hand, daß bei solchem Verfahren der Kreis derjenigen Personen, welche für den Erwerb der Liquidationsmasse in Betracht kamen, willkürlich eingeschränkt wurde. Die gestellten Bedingungen laufen also darauf hinaus, den Liquidationserlös zu drücken, ein Tatbestand, auf Grund dessen das Schiedsgericht eine Entschädigung zusprechen kann. Ebenso sind die Fälle zu beurteilen, in denen ein offizieller Liquidationsbefehl überflüssig geworden ist, weil der Verkauf auf mündliche Androhung der Liquidation erfolgt ist.

Von besonderer Bedeutung sind weiter die Fälle der verschleierten Liquidation. Es ist nun auch von maßgebender alliierter Seite anerkannt, daß die Liquidationsvorschriften des Versailler Vertrages nicht nur als Kampfvorschriften gegen die deutschen Belange zu verstehen sind, sondern zugleich die Mindestschutzvorschriften für das deutsche Vermögen darstellen, die nicht umgangen werden dürfen. Wenn daher eine Wegnahme des deutschen Eigentums ohne genügende Entschädigung außerhalb des Liquidationsverfahrens erfolgt, also etwa auf Grund besonderer Ausnahmegesetze, wie des polnischen Gesetzes vom 14. Juli 1920 oder auf Grund des Agrargegesetzes, so ist gleichfalls die Anrufung des Schiedsgerichts zulässig. Das bezieht sich auch auf die zahlreichen Ansiedler und Domänenpächter, denen ihr Inventar und Mobiliar von den polnischen Behörden eingehalten wurde, ohne daß die Rechtslage geklärt war.

Ein weiterer Klagegrund von besonderer Wichtigkeit sind die zahlreichen Zwangsverwaltungen und Sequenzstrationen, welche von den polnischen Behörden auf Grund der Verordnungen vom 6. November 1919 und 8. Juni 1920 verhängt wurden und seit Jahren aufrecht erhalten werden. Ohne die polnischen Behörden in dieser Hinsicht beschuldigen zu wollen, kann man sagen, daß das Ergebnis dieser Zwangsverwaltungen in den meisten Fällen der Art ist, daß die Liquidationsmassen (meist landwirtschaftliche Güter) durch unsachgemäße Bewirtschaftung völlig heruntergewirtschaftet und entwertet wurden. Ferner haben die polnischen Behörden auf Grund des Regierungsgesetzes vom 4. März 1920 die Einhaltung des reichsdeutschen Vermögens angeordnet, so daß die Eigentümer über diese eingehaltenen Vermögensmassen seit Jahren nicht mehr verfügen können. Diese Zwangsverwaltungs- und Einbehaltungsmassnahmen können nicht auf den Friedensvertrag gestützt werden. Wie Professor Kaufmann in seinem Buch „Deutsche Hypothekenforderungen“

Die Eröffnung des Parlaments.

Die Deutsche Vereinigung im Sejm lädt uns einen Bericht über die Eröffnung des Sejm und des Senats zu geben, der einige beachtenswerte Einzelheiten enthält, die in den bisher veröffentlichten Berichten fehlten.

Der deutsche Bericht lautet:

Auf Antrag der deutschen Sejmabgeordneten und Senatoren wurde am 28. November um 11 Uhr ein feierlicher Gottesdienst in der evangelischen Kirche zu Warschau veranstaltet, der vom Herrn Generalsuperintendenten Burckhardt abgehalten wurde. Zur selben Zeit fand für die übrigen Herren Sejmabgeordneten und Senatoren ein feierlicher Gottesdienst in der Kathedrale statt. Sämtliche deutschen Senatoren und Abgeordneten waren anwesend. Allgemeines Aufsehen erregte die Tatsache, daß die evangelisch-polnischen Sejmabgeordneten und Senatoren nicht anwesend waren. Daraufhin versammelten sich die Senatoren und Abgeordneten im Sejm zur Sitzung. Die deutsche Fraktion nahm vorübergehend die Plätze der Konstitutionsgruppe ein, da die beanspruchte Sitzordnung angeblich noch nicht durchführbar sei. Um 11 Uhr eröffnete der Staatschef mit einer kurzen Ansprache den neuen Sejm. Daraufhin berief er den ältesten Sejmabgeordneten, Herrn Brownlowford, zum vorläufigen Präsidenten des Sejms, dieser berief daraufhin den Herrn Sejmabgeordneten Berthe der deutschen Fraktion und das Kreislein Silesia als die jüngsten Sejmabgeordneten zu Sekretären. Darauf erfolgte die Vereidigung. Der Herr Abg. Berthe rief die Sejmabgeordneten alphabetisch zur Vereidigung auf. Die Vereidigung lautet: „Ich gelobe.“ (Siehe Staatsverfassung Art. usw.). Die Ukrainer bemühten sich, das Gelübde in ukrainischer Sprache zu leisten, wurden aber von der polnischen Mehrheit daran gehindert und leisteten den Eid in polnischer Sprache. Daraufhin wurde die Tagesordnung für die nächste Sitzung aufgestellt und der Sejm bis Freitag 4 Uhr nachm. vertagt. An diesem Tage soll die Wahl des Präsidiums stattfinden.

Um 15 Uhr nachm. wurde der Senat durch den Staatschef eröffnet. Er verlas eine kurze Ansprache und berief den ältesten Senator, Herrn Limanowski, zum vorläufigen Senatspräsidenten. Dieser berief daraufhin den jüngsten Senator, Herrn Woźnicki, zum Sekretär. Die Amtseinführung erfolgte auch hier in derselben Weise. Die Ukrainer bemühten sich abermals erfolglos den Eid in ukrainischer Sprache zu leisten. Als erste trat eine ukrainische Senatorin auf, weil sie bei dem Gelübde sich ihrer Muttersprache bediente. Darauf wurde die Tagesordnung aufgestellt und der Senat bis Freitag, 11 Uhr früh, vertagt. Tagesordnung: Wahl des Präsidiums.

Fraktionsitzungen.

Am Mittwoch fanden Fraktionsitzungen statt. Der Nationale Volksverband beriet über die Geschäftsvorordnung. Die Volkspartei hielt am Abend gleichfalls Beratungen über die Geschäftsvorordnung ab. In der Diskussion wurde die Forderung gestellt, daß die Geschäftsvorordnung den Abgeordneten verbieten sollte, bei den Behörden in persönlicher und wirtschaftlicher Angelegenheiten zu intervenieren, was nur mit Zustimmung des Vorstandes erfolgen könnte. In der Sitzung der Włodzieniec-Gruppe wurde der frühere Vizeminister Eugeniusz Smiarowski offiziell als Kandidat für den Marschallposten aufgestellt. Die Beratungen über die Bildung einer Mehrheit werden weitergeführt.

Auszeichnung des Direktors der Sejmkanzlei.

Der Ministerrat verlieh in seiner Montagsitzung dem Direktor der Sejmkanzlei Pomeryński, den Rang eines Vizeministers.

Aenderungen in der kommunistischen Sejmfraktion.

Der Kommunist Rybacki hat auf sein Sejmmandat verzichtet. An seine Stelle tritt der Kommunistenführer Łąćucki.

Erscheint
an allen Werktagen.

Anzeigenpreis:
f. d. Millimeterzeile im
Anzeigenteil innerhalb
Polens 60.— M.
Reklameteil 180.— M.

Für Aufträge { Millimeterzeile im Anzeigenteil 20.— d. M.
aus Deutschland } Reklameteil 60.— d. M.

Für Aufträge { Millimeterzeile im Anzeigenteil 20.— d. M.
aus Deutschland } Reklameteil 60.— d. M.

Polen und Tschechien.

Der einzige Stein des Anstoßes.

In einem Gespräch mit dem Vertreter des „Echo National“ erklärte der tschechoslowakische Minister des Äußeren Benesch, auf die europäischen Fragen eingehend, u. a. folgendes: „Unsere Beziehungen zu Polen können wir als gut bezeichnen, und wir haben die Hoffnung, daß sich diese Beziehungen noch weit besser gestalten werden. Sobald die Tauritfrage (Tawryzna) endgültig geregelt sein wird, wird es zwischen uns und Polen keinerlei Anlaß zu Mißverständnissen mehr geben.“

Ausuldigungen gegen den tschechischen Gesandten in Warschau.

In Prager politischen Kreisen wird behauptet, daß die dortige Regierung dem Gesandten in Warschau Mazax, vorwirke, daß er sie über die politische Lage in Polen und über die Stimmungen, die in Warschau herrschen, nicht richtig informiere und beachte, ihn von neuem Polen abzuwerben. Vorläufig hat sie den Gesandten nach Prag zur Rechtfertigung zitiert.

Ein Brief.

Der Schriftleitung des „Posener Tageblattes“ ging folgendes Schreiben eines Polen zu:

An die Redaktion des „Posener Tageblattes“.

Als ehriger Leser Ihrer geschätzten Zeitung erlaube ich mir, nachdem ich Ihren Leitartikel in der Nr. 268 (Sonntag, d. 28. Nov.) unter der Überschrift „Was uns not tut“ gelesen habe, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Nach der „Allenstein Zeitung“ freuen sich die Polen in Deutschland, daß es den Deutschen in Polen sehr gut geht. Dagegen werden die Polen in Deutschland in jeder Beziehung unterdrückt. Schreiber dieser Zeilen war von 1895 bis 1918 in seinem Beruf als Monteur in allen Gegenden des Deutschen Reiches und ist dort mit vielen Hunderten von Landsleuten, Polen, in Berührung gekommen, aber keiner von uns ist jemals von den deutschen Behörden oder von der Bevölkerung unterdrückt oder schlecht behandelt worden. Im Gegenteil. In Deutschland genießt jeder Ausländer, der dort ansässig ist, und jede Minderheit dieselben Rechte wie der deutsche Bürger selbst. Jede Minderheit kann sich frei bewegen, ihrer Muttersprache sich bedienen und sonst alles, es sagt ihm kein Mensch etwas, wenn er seine Staatsbürgerschaft erfüllt. In jedem größeren Ort des Deutschen Reiches befinden sich bis heute polnische Vereine, da wird alles in der Muttersprache erledigt. Kommen die Leute zur Polizei oder zum Gericht, und sie verstehen nicht deutsch, so wird ihnen ein Dolmetscher zur Seite gestellt.

Edno ist es mit den Kirchen und Schulen. Ich bin selber Polen und Katholik und habe als solcher ohne Schwierigkeiten in einer rein deutschen Gegend gelebt. Jeder Minderheit, auch den Polen, steht alles zur Verfügung. In dieser Beziehung ist mir kein Fall bekannt, daß man von selten Deutschlands unterdrückt oder benachteiligt wird. Die Behauptungen der „Gazeta Olsztyńska“ muß ich ganz entschieden zurückweisen. Ich glaube, daß sie nur vom Hören und Sagen urteilt.

Außerdem muß ich bemerken, daß jeder Deutsche großes Interesse an fremden Sprachen und Bräuchen hat.

Vielleicht haben Sie Gelegenheit, mit diesen Worten etwas anfangen, damit nicht immer so hin und her geschleudert wird, mit den Minderheiten hüben und drüben.

Ihr Abonnent St. Grz.

B. den 28. November 1922.

Das Original des Briefes ist mit dem vollen Namen des Schreibers gezeichnet und enthält die genaue Angabe seines Wohnortes und seiner jetzigen Stellung.

Zeit des Urteils gegeben ist; spätestens bis zu diesem Zeitpunkt muß also der Kläger seine Reichsangehörigkeit nachweisen. Wie er diese erlangt hat, ob durch Geburt, Heirat, Option oder Einbürgерung ist gleichgültig.

Von größter Bedeutung ist endlich, daß nach der Prozeßordnung des deutsch-polnischen Schiedsgerichtshofs das Klagerrecht erlischt, wenn die Klage nicht binnen sechs Monaten seit Kenntnis des schädigenden Ereignisses erhoben ist. Keinesfalls enden diese Klagefristen vor dem 31. Dezember 1922. Within müssen für solche Fälle, in welchem das schädigende Ereignis vor dem 1. Juli 1922 fällt, die Schadensersatzklagen beim Schiedsgerichtshof spätestens bis zum Ende des Jahres erhoben sein; wird diese Frist nicht gewahrt, so erlischt der Schadensersatzanspruch. Für diejenigen Fälle, wo das schädigende Ereignis erst nach dem 1. Juli 1922 eingetreten ist, endigt die Klagefrist erst 6 Monate seit Kenntnis des schädigenden Tatbestandes. Daher ist die größte Eile geboten, zumal da die Klage umfangreiche Vorbereitungen erfordert. Die Kostenfrage ist hierbei nicht von ausschlaggebender Bedeutung, weil angefachtes der hohen Gerichtskosten, die in französischen Franken zu bezahlen sind, notfalls das Armenrecht bewilligt werden wird, sofern die zuständigen Lokalbehörden die Armut des Antragstellers bescheinigen.

Aus alle dem ergibt sich, daß nunmehr ein objektiver Rechtsschutz für die deutschen Belange in erheblichem Maße erreicht werden kann, wenn der Betroffene die nötige Energie aufbringt, sein Recht da zu suchen, wo er es finden kann. Wenn der Versailler Frieden vertrag für die Deutschen äußerst ungünstig ist, so ist dies kein Grund auch noch kleinmütig auf die wenigen Rechte zu verzichten, die der Vertrag dem Einzelnen zur Wahrung seiner Interessen in die Hand gibt. Angesichts des drohenden Fristablaufs ist aber Eile geboten, da Gefahr im Verzuge ist.

Die Klageberechtigung vor den Schiedsgerichtshöfen ist aber insoweit beschränkt, als stets Kläger und Beklagter verschiedener Nationalität sein müssen. Es kann also immer nur ein Deutscher gegen einen Polen und den polnischen Staat oder ein Pole gegen Deutschland und einen Deutschen klagen. Die Zulässigkeit des gemischten Schiedsgerichtshofs in den obigen Fällen ist also nur dann gegeben, wenn der Kläger die deutsche Reichsangehörigkeit besitzt, da die Klage in fast allen Fällen gegen den polnischen Staat gerichtet werden muß. Es genügt aber, wenn die Voraussetzung der Zuständigkeit zur

Deutschland und die Entente.

Eine neue deutsche Note.

Der Vorsitzende der deutschen Kriegslastenkommission in Paris, Staatssekretär Fischer, hat auf Anweisung der deutschen Regierung Montag mittag der Reparationskommission offiziell mitgeteilt, daß die neue Regierung entsprechend der Erklärung des Reichstags vom 24. 11. ohne Einschränkung auf den Boden der Note vom 14. 11. 1922 tritt und fest entschlossen ist, das in ihr enthaltene Programm in vollem Umfang zu vertreten und zur Durchführung zu bringen. Sie hat gleichzeitig unter Hinweis auf die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands die Bitte verbunden, den in der Note vom 14. 11. gestellten Antragen mit möglichster Beschleunigung nachzukommen.

Die angebliche Stellung der Alliierten.

S. Paris, 28. 11. In gut unterrichteten Kreisen erklärt man zu den gestrigen Unterhaussitzungen Bonar Law, daß man es in Paris mit besonderer Genugtuung begrüße, daß sich der neue englische Premierminister nicht mehr durch die Balfournote gebunden fühlt und daß fernerhin die englische Regierung jetzt öffentlich ihre Zustimmung zu der Pariser Konferenz gegeben hat. Bonar Law aber schlägt vor, so heißt es weiter, der Frage der Regelung der internationalen Schulden erst nach Rückkehr des Schatzkanzlers Baldwin aus Washington näherzutreten.

Wie "Martin" aus Brüssel meldet, beschäftigte sich der gestrige belgische Ministerrat ausführlich mit der kürzlichen Reise des belgischen Minister nach Paris. Die Brüsseler Konferenz soll danach nicht einberufen werden, als die Pariser Konferenz der Alliierten in Paris unbedingt eine Einigung über das Reparationsproblem gewährte.

Mussolini fordert Reparationen.

Mailand, 27. 11. (Tel.-U.) Der italienische Ministerpräsident Mussolini führt fort, im Hinblick auf die Brüsseler Konferenz gegenüber der Öffentlichkeit zu betonen, daß Deutschland zahlen könne und müsse. Dieses Mal ist es der Korrespondent des "Corriere della Sera", dem Mussolini seine Erklärungen abgegeben hat. Er wiederholt, daß unter den jetzigen finanziellen Verhältnissen Italien keinen großzügigen Verzicht auf die Reparationen machen könne. Deutschlands Valuta-Ende sei nur künstlich herbeigeführt. Aber Deutschland könne und müsse zahlen.

Sehr gefährliche Absichten Frankreichs.

Paris, 28. November. Im Elysée hat am Montag unter Vorsitz des Käfers eine Konferenz in der Reparationsfrage stattgefunden, der außerordentliche Bedeutung beigemessen werden muß. Außer dem Ministerpräsidenten waren anwesend der Präsident der Reparationskommission Barthou, Kriegsminister Maginot, Marshall Foch, Finanzminister Gantevois und Minister für die besetzten Gebiete Lebel. Die Beteiligung des Kriegsministers und des Marshalls Foch gab Anlaß zu entsprechenden Rückschlüssen. In politischen Kreisen wird hier die Lage als außerordentlich ernst bezeichnet. Die Börse reagierte sofort ganz außfallend auf diese Tatsache. Die Mark erreichte heute mit 0,17 den tiefsten überhaupt bis jetzt erreichten Stand. Poincaré hat gestern nachmittag den französischen Botschafter in Berlin die Mutterie empfangen.

Über die gestrige Beratung im Elysée ist eine offizielle Note ausgegeben worden, die die gesamte Morgenpresse widergibt. Es heißt darin: Da die Brüsseler Konferenz trotz des Wunsches des französischen Regierung vielleicht nicht stattfinden werde, da sie möglicherweise kein Ergebnis haben werde und insbesondere deshalb, weil der Reichstag dem Reichskanzler Cuno eine Mehrheit verschafft habe, die einmütig die Note Wirths über die Reparationen billige, d. h. dafür eintrete, daß Deutschland sich den Reparationen verpflichtungen entziehe (1), so begreife man, daß die französische Regierung in ihrer letzten Absicht, Bezahlung zu erlangen, Wert darauf gelegt habe, zu untersuchen, welche Mittel ihr diese Möglichkeit verschaffen könnten. Wir glauben zu wissen, daß die Note weiter auszusehen, daß die Maßnahmen, die in Betracht gezogen wurden — wir sagen nicht beschlossen wurden — und die man für geeignet für die Garantierung unserer Rechte erachtet, wenn man diese bestreiten würde, folgende sind:

1. Eine vollständigere Beschlagnahme der Rheinlande, die Frankreich jetzt besetzt hält, eine Beschlagnahme, die namentlich in der Erfüllung von deutschen durch französische Beamte zum Ausdruck kommen könnte.

2. Besetzung von zwei Dritteln des Ruhrgebietes einschließlich Essens und Bochums, so daß die Frankreich von Deutschland auf Reparationskontingent zu liefernden Kohlen und der für die französische Industrie erforderliche Hüttenkosten geschafft würden.

Englands Haltung in der Frage der Rheinlandsbesetzung.

London, 28. November. (Tel.-U.) Bonar Law hat auf eine Anfrage im Unterhaus erklärt, daß kein bestehendes

Akkord England verpflichtet, seine Truppen im Rheinlande zu belassen und eine Politik der Verbündeten zu begünstigen, die die Besetzung deutschen Gebietes vorschreibe.

Ein französischer Wink an die deutsche Industrie.

Paris, 28. November. Der Berliner Korrespondent des "Echo de Paris" meidet seinem Blatte, daß der Kanzler Cuno in Gemeinschaft mit der deutschen Großindustrie die Situation noch retten könne, wenn es ihm gelinge, die Großindustrie zu den notwendigen Opfern zu bewegen. Die Reparationskommission werde in ihrer Antwort auf das deutsche Moratoriumsgesuch wahrscheinlich erwiedern, daß ein Moratorium nur möglich sei, wenn die deutsche Großindustrie greifbare Sicherheiten an gewähren bereit sei. Der Kanzler müsse die Großindustriellen zu diesem Zugeständnis bringen und die Großindustriellen dürften sich nicht weigern, wenn sie nicht das Chaos für Deutschland herbeiführen wollen.

Kritische Tage in Lausanne.

Eine Milliarde Dollar Kriegsentschädigung.

Lausanne, 28. November. Die Türkei verlangt von Griechenland eine Milliarde Dollar Kriegsentschädigung.

Mesopotamien fordert Unabhängigkeit.

In Lausanne ist eine mesopotamische Abordnung eingetroffen. Sie macht die Reise von Bagdad nach Kairo und von Kairo nach Lausanne im Flugzeug. Die Abordnung wird die Unabhängigkeit Mesopotamiens fordern, steht also im Gegensatz zu dem auf der Konferenz vertretenen offiziellen englischen Standpunkt.

England gibt den San Remo-Vertrag preis.

Lausanne, 28. November. Lord Curzon erklärte gestern, daß er die Auffassung der Amerikaner in der Frage der wirtschaftlichen Zone und der "Politik der offenen Tür" teile. England sei zu einem Verzicht auf den Vertrag von San Remo vom Jahre 1920 bereit. Man sieht in dieser Erklärung eine Antwort auf die Anfrage des Botschafters Thibb vom letzten Sonnabend und ein Anzeichen für eine englisch-amerikanische Einigung in der Konzessionsfrage.

Auf diese Erklärung Lord Curzons hin begann sich im Lager der türkischen Delegation eine erhöhte Tätigkeit zu entwickeln. Hatte schon die Ankunft der Russen in gewisser Weise die Haltung der türkischen Delegation gefestigt, so läßt sich die Rückwirkung der letzten englisch-amerikanischen Erklärungen auf die Türken nicht mehr verkennen. Bereits kursieren Gerüchte, die türkische Abordnung verlange die Annulierung der Mandate, die die Alliierten in dem im Jahre 1918 geschlossenen Verträge für den Orient einander zugestanden hatten. Die heute morgen bereits austauschenden Gespräche von einer Vertagung der Konferenz finden unter diesen Umständen neue Nahrung.

Curzon und Ismet erwarten neue Instruktionen.

Lausanne, 28. November. Auf Grund einer Vereinbarung zwischen Lord Curzon und Ismet Pascha ist die Beratung über die territorialen Fragen auf einige Tage verschoben worden. Es heißt, daß beide Delegierte Instruktionen von ihrer Regierung abwarten.

Unzufriedenheit der Russen mit der türkischen Regierung.

Petersburg, 27. November. In einem Leitartikel über die Lausanner Konferenz schreibt die Petersburger "Pravda", die Ententediplomaten seien alles daran, damit die Russen den türkischen Vertretern in Lausanne nicht vollkommen freundschaftlich gegenübertreten. Zu diesem Zwecke habe man der Türkei ihre Aufnahme in den Völkerbund in Aussicht gestellt. Daraufhin hätten die Kommunisten Verfolgungen in der Türkei begonnen, und die türkische Regierung lege nunmehr eine Haltung nach der Art Mussolinis an den Tag. In Russland sei der Hass der türkischen Regierung gegen die Arbeiterklasse wohl bekannt. Die russische Delegation werde auf der Konferenz bestrebt sein, alle Karten der europäischen und asiatischen Imperialisten aufzudecken.

Die Russen drohen mit Abreise.

Paris, 28. November. (Tel.-U.) Nach den Berichten der französischen Blätter haben die Russen in Lausanne verlaufen lassen, daß sie heute abend in einer Art von Ultimatum die Forderung nach sofortiger Zulassung zu den Beratungen der Konferenz stellen, und daß sie Lausanne verlassen würden, wenn ihnen nicht die Sicherung gegeben werde, daß sie mit allen anderen auf gleichem Fuß verhandeln würden. In englischen Konferenzkreisen soll man entschlossen sein, die russischen

Forderungen abzulehnen, selbst auf die Gefahr hin, daß die Russen ihre Drohungen wahr machen sollen.

Unzufriedenheit in Angora.

Wie Reuter erfährt, herrscht in Angora Unzufriedenheit über den allzu langsamem Verlauf der Friedensverhandlungen in Lausanne.

Aus England.

Die Geschenkwürfe für Irland angenommen.

Das Unterhaus hat die Vorlage über die irische Versetzung in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Bonar Law hat nachdrücklich erklärt, wenn die Vorlage bis zum 6. Dezember nicht Gesetz werde, so würde das Amt der provisorischen Regierung automatisch zu Ende gehen. Es sei daher tatsächlich unmöglich, irgend eine Änderung an der Vorlage vorzunehmen.

Die Kosten der Orientkrise.

Schatzkanzler Baldwin teilte im Unterhaus mit, daß die durch die Orientkrise verursachten neuen Ausgaben für Heer und Marine 2425 000 Pfund Sterling betragen.

Bonar Law lässt die Balfour-Note fallen.

Auf eine Aufrufe bezüglich der internatierten Schulden und der Balfour-Note sagte Bonar Law:

Bisher hat keine formelle Erklärung mit unseren Alliierten über die Reparationsfrage stattgefunden, und wenn es dazu kommt, wird die Regierung freie Hand haben, die Frage in jeder Hinsicht zu prüfen.

Macmillan gegen die Arbeitslosigkeit in England.

London, 28. November. Nach dem "Daily Express" hat Bonar Law die Berichte mehrerer großer Eisenbahngesellschaften sofort mit ihm in Erörterungen über große Eisenbahnbaupläne und die Sicherung der Arbeitslosigkeit einzutreten. Ein besonderer Ausschuss des Kabinetts ist damit beauftragt, weitere Vorschläge für Arbeiten von nationalem Nutzen zu machen.

Der Marsch der Hungernden.

Schon vor mehreren Wochen tauchten Meldungen auf, daß aus verschiedenen Teilen Englands, besonders aus dem Norden, Tausende von Arbeitslosen an Fuß nach London marschierten. Vor etwa 14 Tagen waren ihrer genug beisammen und sie verlangten danach, daß der Ministerpräsident persönlich ihre Wünsche vorzutragen. Bonar Law verweigerte trotz wiederholter Forderungen eine persönliche Unterredung. Daraufhin drohten die Arbeitslosen, die sog. "hunger marchers", in Stärke von 100 000 Mann gegen Downing Street (Straße mit den Gebäuden der englischen Ministerien) vorzudringen. Am Tage der Parlamentseröffnung erwartete die Regierung diesen angekündigten Marsch und zog ein sehr starkes Polizeiaufgebot nach der Innenstadt zusammen. Es sammelte sich jedoch nur eine kleinere Menge fragwürdiger Gestalten an, die eigentliche Masse der Demonstranten ließ sich nicht sehen. Die Regierung hatte nämlich im letzten Augenblick durch listige Vorstreuungen die Leute getäuscht, so daß sie glaubten, ihr Wunsch würde erfüllt werden. Als sie sich jedoch bei der erwarteten Unterredung nicht dem Ministerpräsidenten, sondern dem Arbeits- und Gesundheitsminister gegenüber sahen, waren die Arbeiter sehr enttäuscht und verzichteten auf jede Unterredung. Im Hyde-Park sammelten sich die Massen und durch rießige Megaphone jidrierten sie ihnen ihre Führer zu, daß sie getäuscht worden seien, daß aber bald die "zweite Stunde" folgen werde. Obgleich diese Drohungen politisch nicht ernst zu nehmen sind, ist das Ganze doch eine für England wenig erfreuliche Erscheinung.

Das Echo der Arbeitslosigkeit im Parlament.

"Wir sind hier" sagte im Unterhaus der offizielle Führer der Arbeiterpartei Nam van Mac Donald, um den Wünschen der Arbeitslosen konstitutionelle Kraft und politischen Ausdruck zu geben. Wir sind hier, um diese Männer davon zu überzeugen, daß dies der beste Weg ist, und so lange ich an meinem Platz stehe, wird dies die einzige Haltung sein, für die ich verantwortlich sein werde." Aber dann kam der Kommunist des Hauses, Mr. Newbold: "Wir glauben nicht, daß Sie es uns möglich machen werden, unsere Angelegenheit verfassungsmäßig auszutragen. Wir sind nicht der selben Ansicht wie Nam van Mac Donald. Wir glauben, daß wir Ihre Klasse werden behandeln müssen, wie es einst der Abgeordnete

Danziger Frühlurz vom 30. November.

Die polnische Mark in Danzig... 48½—49

Der Dollar in Danzig 8000—8100

Tendenz: fest.

Amerikanisches Copyright 1920 bei Carl Duncker, Berlin.

Sidi Marik.

Roman von L. vom Bogelsberg.

(Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Ihm waren die Schönheiten sozusagen tausendweise durch die Finger gegangen. Manche waren ihm sehr sympathisch, aber er war nicht über das ästhetische Wohlgefallen hinausgekommen, trocken sich in Innerasien die Vorurteile gegen Hammelstippomade und ranzige kosmetische Öle sehr bald abstumpfen. Aber Lel war nicht afrikanisch und doch Rasse von Kopf bis Fuß. Sie war hunderthalb schöner als eine Europäerin und doch keine solche, Gott sei Dank! Ja, Gott sei Dank! Sidi Marik stopfte wieder die Peisse, und da zufällig Et Rahmann in der Nähe stand, griff er in den Beutel und bot dem grinnenden Büttelsohn eine tüchtige Menge. Und auf einmal wurde ihm klar, warum Lel gestern verborgen geblieben war. Die Beni Harf hätten die Kenntnis von der Schönheit des Mädchens weit über das Land tragen können, und dann hätte vielleicht das Werbespiel mit Blut und Krieg begonnen. O ja, Schech Mohammed el Walid war klug, sehr klug. Er liebte seine Enkelin über alles, aber er liebte auch sein Volk. Allah will nicht, daß ein Mädchen blutbefleckt in die Ehe trete. Da stand auch Fatme vor dem häuslichen Zelt. Sie hatte mit der Linse eine große Schale mit Mehl gegen die Hüste gestemmt und reichte Sidi Marik die Hand. Und Sidi Marik dachte: „Donnerwetter, woran liegt das? Nach dem Kalender müßte diese Frau schon östlich und häßlich sein, und jetzt ist sie noch schöner als vor zwei Jahren. Hat Said Ibrahim darum immer das pfiffige Lächeln auf dem Gesicht stehen?“ Auch Lels Mutter trug das blaue Baumwollhemd das die schönen, bei aller Neppigkeit höchst ebenmäßigen Arme völlig frei ließ. Es war Lel in älterer Ausgabe ohne Matronenhäufigkeit, nur gereifter, gesetzter und offenbar mit demselben fröhlichen Gemüt. Und Sidi Marik sah das an und

sah auch ein, daß er Fatme jetzt mit einem Wuri gewinnen könne. Darum sagte er: „Es ist nicht Sitte, die Schönheit der Frau seines Gastfreundes zu loben, o Fatme. Aber Allah will, daß der Sterbliche die Wahrheit spricht, wie sie auch sei. Und ist es eine Lüge, wenn ich sage, daß Fatme noch schöner geworden ist, seitdem ich sie nicht sah?“ Ein glückliches Lächeln breitete sich über das schöne Gesicht der Beduinenvrouw, aber dann zog eine kleine Röte nach.

„Sidi Marik hat seine Späße in der Fremde nicht vergessen,“ sagte sie voll tiefen Wohlwollens. Aber Sidi Marik legte die Hand aufs Herz und versicherte wiederholt:

„Sie sprach ich ein wahreres Wort!“ Sie wirkte ihm abschließend mit der Hand. Und aus dieser kleinen Geiste dem Lächeln und der Sprache der Augen sah er, daß Fatme ihn decken würde und wenn der ganze Duran gegen ihn Sturm lief. Er wußte, was dieser Schutz bedeutete. Möchte auch darüber die Stellung der Frau immerhin wenig gelten, in Wirklichkeit war sie umso stärker. Selbst Said Ibrahim sollte, wie man sagte, wie ein lammstrottes Pferd durch jahre Streiche mit einer Blume im Bedürfnissalle von seiner Gattin aelenkt werden. Aber das gütige Herz Fatmes hatte diese Macht niemals missbraucht. Sidi Marik stand im allgemeinen seinen Mann, aber die Geschichte von gestern mußte unbedingt ihre Kreise ziehen. Diese Große mit dem Feinde gegenüber mußte seinen Gastfreunden unerhört, ja verbrecherisch erscheinen. Ritterlichkeit war hierzulande eine der allerersten Tugenden; aber sie hatte ihre festumschriebenen Grenzen, von denen man nur im alleräußersten Notfall abwich. Daß die Dinge bereits in der ganzen Dase „herum“ waren, konnte Sidi Marik nicht verborgen bleiben. Keine Wiene sagte ihm das, keine Geiste, kein Tonfall; aber er war nicht umsonst jetzt sechs Jahre unter diesen Menschenheimisch, um das nicht gewissermaßen zu riechen. Und ebenso genau wußte er, daß gerade der Schech daraus raunte, Uzjache und Wejen solcher Dinge zu erfahren, die er natürlich erst recht nicht begreifen konnte. So entschloß sich denn Sidi Marik, den Stier rasch bei den Hörnern zu packen und das unvermeidliche Palaver selbst in die Wege zu leiten. Eine schöne Sicherheit für die Durchführung seines sonst gerade

nicht angenehmen Vorhabens gab ihm die Wirkung seiner Begegnung mit Lel. Zwar hatte ihn der Ausgang des Gesprächs angemessen wie eine handvoll Dattellerne, die ihm ihre kleine Seite früher manchmal hinterübers auf den Kopf warf. Das schien ihm auch der einzige „europäische Zug“ an ihm zu sein, und ihn wollte er gern gelten lassen. Eine Stunde später saß alles, was unter den Beni Humajun stimmig war, in dem großen Zelt des Schech. Obgleich Sidi Marik eine höchst selbstbewußte Wiene annahm, so konnte er doch nicht umhin sich in diesem Kreise ein wenig als Angestellter zu fühlen, zumal er noch nicht in den landesüblichen Burnus zurückgezogen war, sondern mit einer gewissen Hartnäckigkeit in seinem fadencheinigen grauenalben Reitgamashen dastand. Er war also zunächst immer noch Sidi Marik. Bevor er in die erlauchte Versammlung trat, hatte er ein tüchtiges Frühstück zu sich genommen, weil er wußte, daß sich die Haarpalterei unter Umständen bis zum Abend hinziehen könnten. Möchten sich die Herren jetzt die Sonne durch den hohen Magen scheinen lassen, sein Frühstück aus Datteln, Milch, Eiern und Durrahbrod konnte bis zum Abend widerhalten. Die Begrüßung des Delinquents war von verhaltener Herzlichkeit, sie war aufrechtig. Züge von Eifer suchten, die sich auf Lel bezogen haben könnten, waren nicht zu bemerken. Schech Mohammed läßt auf der einen Schmalseite des länglichen Kreises von zwölf Männern, die gewissermaßen den Gemeinderat bildeten. Aber er saß nicht höher als die anderen und nichts deutete auf eine Ausnahmestellung hin. Neben ihm saß Said Ibrahim, und daran schlossen sich die übrigen, lauter bekannte Gesichter für Sidi Marik. Sidi Marik begann nun in großen Zügen eine Übersicht seiner zweijährigen Reise zu geben und er merkte, mit welch glühendem Interesse das Auditorium trotz aller äußerlichen Zurückhalting den Schilderungen folgte. Und die Anteilnahme wurde noch stärker, als Sidi Marik mit fluger Diplomatie Kaffee reichen ließ. Und an diesen Kaffee knüpfte er an, um sich den Pelz reinzuwaschen.

(Fortsetzung folgt.)

von Huningdon mit Rhien Vorahren tat.“ Das Haus lachte als es diese Anspruch auf Oliver Cromwell brachte. In der Tat ist auch allzu lächerlich, diesen geduldigen englischen Volksmassen von Revolution sprechen zu wollen. Und doch es gibt Beispiele...

Die Einigungsberatungen der beiden liberalen Parteien.

London, 28. November. (Telunion.) Gestern fand eine Sitzung der Anhänger Lloyd George's und Asquith's statt. Es wurden verschiedene Vorläufe gemacht, um die beiden Fäden der liberalen Partei wieder zusammenzubringen. Von allen Rednern wurde diese Einigungsbewegung lebhaft begrüßt. Die einzige Schwierigkeit scheint nun noch die Frage der Führerschaft zu bilden. Es heißt aber, Lloyd George sei gewillt, sich Asquith unterzuordnen.

Lloyd George tritt als Journalist auf.

Lloyd George beginnt im „Daily Chronicle“ und im „Morning Post“ mit der Veröffentlichung einer Artikelreihe. Es handelt sich um politische Betrachtungen in denen er die Gesamtlage Englands zu verändern gedenkt. Der erste Aufsatz befasst sich mit dem Wahlergebnis. Lloyd George sucht nachzuweisen, daß sich die gegenwärtige Regierung nur auf etwa 2/3 der Wählerschaft stütze, während die übrigen 1/3 anderen Führern und anderen Parteien ihr Vertrauen bezeugt hätten. Er meint, daß das Wahlstück das nächste Mal für die Arbeitspartei günstig sein könnte. Das Land sei „überindustrialisiert“ und siehe deshalb vor größeren Zuläufen gesahen als ein mehr auf den Ackerbau sich stützendes Land.

Mussolini vor dem Senat.

Nom. 29. November. Im Senat erhielt die faschistische Regierung ein einstimmiges Vertrauensvotum, obwohl Mussolini unmittelbar vorher erklärt hatte, ihm läge nichts an einem solchen über großen Siegen und an den Stimmen schwarzender Charaktere. Mussolini erklärte u. a., er wolle das Außenministerium weiterführen. Seine Politik werde mehr imperialistisch noch nazifisch um jeden Preis sein; Mussolini versicherte, daß er seine Verantwortung voll fühle. Sein Exponent ist eines von denen, die man wiederholen müsse. Aber er vertraue darauf, daß es mit Hilfe des italienischen Volkes gelingen werde.

Italiens Außenpolitik.

Nom. 29. November. (D.L.) Wie der offizielle Messagero mitteilt, gebietet Mussolini sämtliche Verträge mit Jugoslawien zu veröffentlichen, und die Verträge von Rapallo und Santa Marta, soweit sie Italiens Afrika-Wünschen nicht entsprechen, durchzusprechen. Was die deutschen Reparationen betrifft, so werde Mussolini dies Problem auf seinen technischen Charakter zurückführen. Die Sachverständigen würden sagen, ob Deutschland zahlen könne oder nicht. Wenn es wie es scheine, in gewissen Grenzen zahlen, so müsse es auch zahlen. Woher Deutschland die Mittel habe, sei seine Sache. Seine Gelddepots seien nicht erschöpft. Hierüber seien Italien und Frankreich einig. Über die Folgen eines Vorgehens betreffs der Sanzioni herreiche eine Meinungsverschiedenheit. Aber Italien werde Frankreich schon entgegenkommen, wenn Frankreich seinerseits die italienischen Interessen berücksichtige. Hierüber und über das gesamte italienisch-französische Verhältnis würden beide Kabinette in Verhandlungen eintreten.

Der Protest der Sozialisten.

Der „Avanti“, das Mailänder Hauptorgan der italienischen Sozialisten, verlangt die Bezeichnung der Friedensverträge von 1919 als ein Gebot der Stunde. Die Wiedergutmachungen müssen einer neuen Prüfung unterzogen werden, ob die Entente es wünsche oder nicht. So sei der Vertrag von Versailles in voller Auflösung begriffen. Ob Deutschland von den Sozialisten oder Reaktionären geleitet werde, es könne einfach die ungeheure Summen nicht bezahlen, zu denen es der Vertrag verurteilt hat. Das von Mussolini angedeutete Militärabkommen zwischen Frankreich und Italien zur Vollziehung des Friedensvertrages sei verhängnisvoll, da kein Volk mehr als Kanonenfutter dienen wolle. Die Entente müsse zudem ernstlich mit der Möglichkeit rechnen, daß Russland und Deutschland in ihrer Verzweiflung sich für die Revanche zusammenschließen.

Vom Auslandsdeutschum.

Ein deutscher Sängersieg in Amerika.

Dem Deutschen Ausland-Institut wird von einem seiner Freunde in Florida (Ver. Staaten) nachstehender Bericht einer deutschamerikanischen Zeitung über den Siegeszug des deutschen Liedes in den Vereinigten Staaten zugesandt mit der Bitte, ihn weitesten Kreisen zur Kenntnis zu bringen.

„Ein neuer moralischer Sieg auf dem Wege der Rückgewinnung seiner in den leichtverlorenen Jahren vielfach angetasteten Rechte und der Wiederherstellung seines Ansehens hierzulande ist dem Deutschum vor einigen Tagen von den Vereinigten Sängern von New York erlängt worden. Durch ihre Mitwirkung bei dem auf Veranlassung des Majors John F. Hyland auf dem Mall im Central-Park gegebenen großen Volkskonzert haben sie das deutsche Lied und den herrlichen deutschen Männergesang zum ersten Male nach dem Kriege wieder vor breitestem Öffentlichkeit zu Ehren gebracht. Das ist sowohl bezüglich der numerischen Stärke des Chors als auch seiner Leistungsfähigkeit erreicht worden. Was der ungefähr 300 Stimmen starke Donkorper unter der sicheren, anfeuernden Führung seines tüchtigen Dirigenten Paul Engelkirchen bot, war musterhaft in jeder Bezeichnung und erzielte trotz der nicht gerade sehr günstigen Platzierung und der durch das Singen im Freien zu überwindenden Schwierigkeit stark und tiefegehende Wirkungen.“

Aber auch das Deutschum selbst war nicht müßig gewesen. In richtiger Erkenntnis der Bedeutung dieses ersten öffentlichen Wiederaufstrebens der deutschamerikanischen Sängerschaft New Yorks für die vielgehmähte deutsche Sache hatte es sich in Scharen aufgemacht. Schon lange vor Beginn des Konzerts strömten riesige Menschenmassen dem Mall zu, dessen Sitzgelegenheiten bei weitem nicht für alle ausreichten und der deshalb ringsum von einer lebenden Mauer stehenden Zuhörer eingeschlossen wurde. Auf ungefähr 30 000 Köpfe wurde das Auditorium geschäuft, so daß sich das Konzert, dessen instrumentaler Teil von der tüchtigen Polizeipolizei unter Leitung ihres tüchtigen und schneidigen Dirigenten Paul Henneberg in geradezu meisterhafter Weise durchgeführt wurde, zu einer eindrucksvollen, würdigen Demonstration gestaltete.

Zu irgendwelcher Störung kam es nicht, obwohl dem Präsidenten der Vereinigten Sänger, Theodor Henninger, verschiedene Drohbriefe des Inhalts zugegangen waren, daß man die Sänger, falls sie deutsche Lieder singen würden, attackieren und mit faulen Äpfeln und anderen wohlriechenden Dingen bewerfen würde. Unter den Briefschreibern befand sich auch der Geistliche einer schottischen Kirche, von dem man vermutet, daß er Bürgerrecht besitzt.

Deutsches Reich.

** Verdopplung der Postgebühren am 15. Dezember? Der neue Reichspostminister Stiengel beruft die Mitglieder des Verkehrsbeirats im Reichspostministerium zu einer Sitzung am 28. November zusammen. Zur Beratung kommen Sparmaßnahmen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung, ein Antrag auf Einführung von Lebensmittelzuläufen zu ermäßiger Gebühr, eine be-

absichtigte Änderung des Tarifsystems im Fernsprechverkehr und eine Vorlage des Reichspostministeriums wegen Erhöhung der Post-, Postscheck-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren. Infolge der Geldentwertung will die Reichspost die Postgebühren möglichst am 15. Dezember wieder erhöhen. Bei den Post-, Postscheck- und Telegraphen Gebühren soll es sich im allgemeinen wieder um eine Erhöhung von 100 v. H. handeln, bei den Fernsprechgebühren will man die Grundgebühr auf der bisherigen Höhe belassen, die Gesprächs- und Nebengebühren jedoch verdoppeln und die Fernsprechgebühren um das Zweieinhalfsfache erhöhen.

** Die Neubesetzung des Reichsnährungsministerpostens. Reichskanzler Cuno hat den Sonntag in Hamburg verbracht. Er bereitete heute vormittag wieder in Berlin eingetroffen. Die Neubesetzung des Reichsnährungsministerpostens hat darum eine kurze Verzögerung erfahren.

** Smeets ruht sich wieder. Unter dem Druck und mit tieferer politischer Unterstützung der Franzosen bereiten sich im Rheinlande Dinge vor, die diesmal zweifellos ernst zu nehmen sind. Die Bewegung der Smeets-Anhänger hat in der letzten Zeit an Bedeutung zugenommen. Grund für die Annahme ist in der Ansicht vieler Rheinländer zu suchen, daß von Seiten der Reichsregierung auch bisher nicht genug für die Rheinländer geschehen sei. Die französischen Dragunalisierungen haben außerdem gewisse wenig widerstandsfähige Teile der Bevölkerung mürbe gemacht. Diese Leute erklären, daß die Rheinprovinz Handelsobjekt zwischen Frankreich und England geworden wäre und daß das Reich hier mit verschärften Armen ausziehe. Unter diesen Umständen ist einer morgen in Bonn stattfindenden Generalversammlung der Smeets-Anhänger besondere Bedeutung zugeschrieben. Es wird mit starkem Zulauf gerechnet, und es ist zu erwarten, daß Smeets selbst eine außerordentlich scharfe Sprache führen wird.

** Kommunistische Unruhen in Wunstorf-Hannover. Nachdem der Magistrat die Anerkennung von kommunistischen Kontrollausschüssen, die sich hier gebildet hatten, um ungesehlichen Einfluß auf die Preisgestaltung zu gewinnen, wiederholst abgelehnt hatte, drang eine Menge in das Rathaus ein und zwang den Magistrat, der von der Außenwelt völlig abgeschnitten war, unter Drohungen zu einer Unterschrift, die die kommunistischen Kontrollmaßnahmen anerkennt. Als daraufhin die erbrachte Unterschrift vom Regierungspräsidenten für ungültig erklärt wurde, kam es zu Ausschreitungen auf dem Viehmarkt, in deren Verlauf etwa 150 Schweine gestohlen und eine Anzahl zur Hälfte des üblichen Preises verkauft wurden.

Aus aller Welt.

Barbarische Justiz in Griechenland.

Athen, 29. November. Am Dienstag wurde das Urteil gegen die des Landessraths angeklagten Minister des früheren griechischen Kabinetts Gunaris gefällt. Gunaris, Teotolis, Protopapadakis, Strados, Hadrianos, Baltaci wurden zum Tode, Strategos und Gudas zu lebenslanger Zwangsarbeit, die Militärs auch zur Degradierung verurteilt. Unabhängig davon wurde Gunaris zu 200 000 Drachmen, Strados zu 350 000 Drachmen, Protopapadakis zu 500 000 Drachmen, Baltacci zu 1 Million Drachmen, Teotolis ebenfalls zu 1 Million Drachmen, Gudas zu 200 000 Drachmen verurteilt. Die Hinrichtung der zum Tode Verurteilten soll der Poln. Telegraph-Agentur zufolge sofort vollzogen werden. Der englische Botschafter soll angesichts der Verurteilung seine Pässe unter dem Hinweis verlangt haben, daß er auf Anordnung seiner Regierung die Hauptstadt Griechenlands verlassen müsse. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus London, daß in dortigen politischen Kreisen große Entrüstung über das Urteil in Athen herrscht. Nach Meinung der Blätter wird die Folge von der Vollstreckung des Todesurteils die sein, daß Griechenland die ihm von England und den Vereinigten Staaten vertragene finanzielle Hilfe nicht gewährt wird.

Kundgebung des österreichisch-deutschen Volksbundes. In der historischen Paulskirche in Frankfurt a. M., worin der großdeutsche Gedanke schon 1848 lebendigen Ausdruck gefunden hat, veranstaltete der österreichisch-deutsche Volksbund eine eindrucksvolle Kundgebung für den Anschluß Österreichs an die deutsche Republik und die Forderung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Der Leiter der Versammlung, Reichstagspräsident Voelbe, hob hervor, daß die Siegermächte vorgeben, für das Selbstbestimmungsrecht der Völker einzutreten. Auf dieses Selbstbestimmungsrecht, das die Entente aber mit Füßen trete, beriefen wir uns. Dieses Recht würden wir uns auch nicht nehmen lassen. Solange aber die Einheit nicht politisch verwirklicht werden könnte, sollen wir uns die Pflege kultureller und wirtschaftlicher Beziehungen zu Österreich angelegen sein lassen. Ferner sprachen der Schriftsteller Stefan Großmann-Berlin, der Gesandte v. Kemnitz für die Deutsche Volkspartei, für das Zentrum Abg. Schwarz und Prof. Friedemann für die Universität Frankfurt. Voelbe sprach dann noch ein Schlüßwort.

Berdoppelung der Wiener Kohlenpreise in Sicht. Eine Wiener Lokalcorrespondenz meldet heute, daß in Wien eine Erhöhung der Kohlenpreise um 100 Prozent bevorstehe. Die Meldung rief in der Öffentlichkeit so starke Unruhe hervor, daß die Regierung hierzu morgen mit einer Auflärung über die Preisbildungsfaktoren Stellung nehmen wird. Wie wir hören, wird hier mit einer Erhöhung der oberösterreichischen Grubenpreise gerechnet, ferner fällt die bevorstehende Erhöhung der deutschen Eisenbahntarife um 150 Prozent sowie der polnischen Eisenbahntarife um 50 Prozent stark ins Gewicht und wird zusammen mit einer Steigerung der verschiedenen Nebengebühren in Wien tatsächlich eine Erhöhung um 40 bis 50 Kronen pro Kilogramm bewirken.

Annahme des österreichischen Aufbaugesetzes gegen die Stimmen der Sozialdemokratie. Der Nationalrat hat nach einer Nachsitzung, die bis 6 Uhr morgens dauerte, am Montag vormittag in fortgesetzter Sitzung das Wiederaufbaugesetz mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen die Stimmen der Sozialdemokratie, und die Regierungsvorlage über die außerordentlichen Vollmachten an die Regierung auf die Dauer von zwei Jahren mit Stimme einheit angenommen. Der Bundesrat wird diese Gesetze morgen beschließen. Die österreichische Regierung wird den Völkerbund davon in Kenntnis setzen, daß sie alle Voraussetzungen für die Kreditaktion termingemäß erfüllt hat. Der Völkerbund wird die Garantie veranlassen, bis zum Jahresende ihre Garantieerklärung parlamentarisch ratifizieren zu lassen. — Für Österreich endet heute eine der bedeutendsten innerpolitischen Epochen. Die Sozialdemokratie ist in ihrem Kampf gegen die Regierung auf der ganzen Front unterlegen und zeigt grobe Erbitterung, besonders gegen die Person des Kanzlers, der sein Werk sichern konnte. Die Mehrheitsparteien liefern in der Nachsitzung ihre Befriedigung über diesen Erfolg allzu deutlich zum Ausdruck kommen, und es kann daher zu stürmischem Auftritt sowohl zwischen dem Kanzler und den sozialdemokratischen Rednern, als auch zwischen den einzelnen Mitgliedern des Hauses. Für Österreich ist der 27. November ein historisches Datum, von dem unabsehbare Entwicklungen ausgehen.

Die Gründung des litauischen Landtages. Der neue Landtag Litauens wurde, wie die „Lithuanische Freie Presse“ aus Kowno meldet, durch eine Ansprache des litauischen Staatspräsidenten Stulginskis eröffnet. Die Vertreter der deutschen, weißrussischen, jüdischen, russischen und polnischen Bevölkerung, die nach der amtlichen Volkszählung 47 v. H. aller Einwohner des litauischen Staates ausmacht, waren nicht erschienen. — Das Organ des früheren Ministerpräsidenten Waldemaras widmet dem neuen Landtag eine Artikelreihe, in der es ausführt, der Landtag könne nicht als Vertreter der Bevölkerung Litauens gelten und werde weder nach innen noch nach außen eine genügende Autorität besitzen. Dies sei um so verhängnisvoller, als in den nächsten Wochen die Entscheidung über Memel fallen werde. Die Wahlkommission habe die öffentliche Meinung in Memel vor den Kopf gestoßen und die dortigen litauischen Sympathien restlos besiegt. Der neue Landtag sei kein Parlament, sondern ein Konsortium, der Versammlungsort einer Gruppe von Leuten, die die Staatsverwaltung als Privatgeschäft betreiben. Den Schöpfern der litauischen Unabhängigkeit sei im Jahre 1918 nie der Gedanke gekommen, daß so etwas im freien Litauen möglich sein würde. — Zum Präsidenten der litauischen Volkskammer wurde Dr. phil. Vytautas, Chr. Dem. und Redakteur der „Laisve“, gewählt, zum Vizepräsidenten Dr. Staugaitis, Vytautas' Parteigenosse, zum ersten Sekretär Ambrazeitis, Leiter der stark links orientierten Arbeitspartei.

Beginn der Moskauer Abrüstungskonferenz. Nach einer Sondermeldung des „Przyglad Poranny“ findet die Eröffnungszeremonie der Moskauer Abrüstungskonferenz am Freitag, dem 1. Dezember, statt. Die polnische Delegation reist heute, am 30. November, nach Moskau.

Englischer Einfluß in Amerika. Habas berichtet aus Washington, die britische Botschaft habe eine Erklärung veröffentlicht, die aufs bestimmteste die Gerüchte demontiert, die britische Regierung habe den amerikanischen Kongress gegen die Bill wegen der Unterstützung für die Handelsmarine beeinflußt. Hierzu bemerkt die „Dt. Allg. Zeit.“: Wir meldesten bereits, daß eine starke Stimmung gegen das Schiffsubsidien Gesetz in Amerika vorherrscht. Ob diese in der Hauptstrophe von der englisch beeinflußten Presse herrührt, ist schwer nachzuweisen. Die obige Erklärung der britischen Botschaft besagt gar nichts, denn selbstverständlich würde ein solcher Kampf nicht auf offiziellen Wegen, sondern mit allen Mitteln einer geschickten, verdeckten Propaganda geführt werden.

Niederlage der Regierung im amerikanischen Senat. Meiter meldet aus Washington: Die Anhänger der Regierung haben gestern im Senat bei der ersten wichtigen Streitfrage der außerordentlichen Session eine Niederlage erlitten. Die Demokraten und fortschrittlichen Republikaner haben gemeinsam die Resolution abgelehnt, nach der 5 Millionen Dollar für eine liberale Anleihe bewilligt werden sollten.

Neues vom Tage.

§ Verarmung Elberfeld-Barmens. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet, müssen die Vereinigten Stadttheater von Elberfeld und Barmen mit Ende dieser Spielzeit geschlossen werden, weil die städtischen Zuflüsse für die Theater nicht mehr aufgebracht werden können. Ferner muß das der Stadt Elberfeld gehörige Palmenhaus mit kostbaren Palmen und exotischen Gewächsen verkauft werden, da die Stadt die großen Reparaturkosten nicht mehr bereitstellen kann.

§ Ein netter Schachzüger. In einem Hamburger Pensionat wohnte seit einigen Wochen der angeblich in Riga geborene Baron George de Mentelen. Der elegant gekleidete Ausländer wußte sich schnell das Vertrauen der Pensionshabentin so sehr zu erwerben, daß sie ihm ihren gehüteten Goldschatz im Betrage von 800 Goldmark zeigte. Bald darauf mußte der Baron auf einige Tage nach Berlin fahren, und in der Zwischenzeit entdeckte die Pensionshabentin, daß ihr Goldschatz und mit ihm alle ihre Schmäckchen im Wert von etwa 3 Millionen Mark verschwunden waren. Der Baron kam aber wieder zurück und erklärte, von der Sache nichts zu wissen. Er wurde trotzdem verhaftet, und man fand bei ihm Personalausweise auf drei verschiedene Namen. Es handelt sich, wie der „B. L. A.“ berichtet, anscheinend um einen internationale Hochstapler, dessen Fingerabdrücke jetzt nach Berlin gesandt werden, um seine Persönlichkeit festzustellen.

§ Eine Auto-Expedition durch die Sahara. Der „Petit Parisien“ meldet, daß binnen kurzem eine französische Expedition auf vier Automobilen versuchen will, die Wüste Sahara zu durchqueren. Die Autos sind mit besonders konstruierten Rädern versehen, die ihnen erlauben, auch im Sande sich zu bewegen. Die Expedition wird die Stadt Tongourid in Nordafrika am 10. Dezember verlassen und am 10. Januar die Sahara durchquert zu haben und in Timbuktu einzutreffen. Die zu durchquerende Strecke beträgt über 800 Kilometer.

Der beste Weg zum Erfolg für den Kaufmann ist die Zeitungsreklame!

Ohne Reklame ist kein Geschäftserfolg denkbar!

Die Reklame ist für jeden Geschäftsinhaber von grösster Bedeutung: Die Reklame schafft Leben und bringt Gewinn: Jeder Kaufmann schädigt sich und sein Geschäft, sobald er sich von der Reklame fern hält: Deshalb muß es für jeden intelligenten, einsichtsvollen Geschäftsinhaber ein Gebot sein, sich ständig der Reklame zu bedienen: Wo macht man am wirkungsvollsten Reklame? Nur in den Tageszeitungen!

Für den Posener Besirk ist unstreitig das am meisten verbreite und vielgelesene

„Posener Tageblatt“ (verbunden mit „Posener Warte“)

für Reklamezwecke am besten! Wer daher dauernd geschäftlichen Erfolg haben will, der inseriere ständig im „Posener Tageblatt“.

Die Geschäftsstelle.

Achtung! — Gilt!
Vollgende Gegenstände werden zu kaufen
ge sucht
(können auch reparaturbedürftig sein):
1 Lokomobile, fahrbart ob. station, 6-12 PS.
1 Dynamo, 2-6 PS, auch mit Batterie,
1 Kreisjagen-Einrichtung für Langholzschneid.,
1 Hobelmaschine für Holz,
1 Hobelmaschine für Eisen,
1 Drehbank, 1-1½ Meter Drehlänge,
1 Drehbank, 3-4 Meter Drehlänge,
Transmissionen von 35-60 m/m.
Offerren mit genauer Beschreibung und Preisangabe bitte
zu richten an

Maschinenfabrik Janlowo, pow. Gniezno.

Verkaufe gut erhaltenen

Dampfdreschsaß (LANZ)

10 Umlöpfe, mit Presse, erbaut 1915; desgleichen einen
neuen 60 Zentner hebenden

Flaschenzug.

Offerren um 4176 an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Ia Oberschlesische

Steinfohle

Liebert preiswert in kürzerer Zeit,
direkt ab Grube

Willy Meisel, Opalenica.

Telephon 37. [4211]

Pele u. Fette
in erstklassiger Qualität liefern
Sander e Blathuhn

Poznań ul. Szwedzka Mielżyńskiego 23, Telef. 7019

Kaue ausrangierte, magere

Zugochsen

sofortige Abnahme.

Gerner gut gemästet.

[4208]

Rindvieh u. Schafe.

W. Jezierski, Poznań, ul. Ratajczaka 18.
Telephon 5213.

Zu kaufen gesucht:

1 Glasservante
(Vitrine). — Zahl bis 100 000 mt.

Best. Angebote umt. M. 4198 a. d. Geschäftsstelle d. Blattes.

Zu kaufen gesucht

**Antike Möbelstücke,
Teppiche, Vorzellan.**

Komme auch nach auswärts.

Offerren um. D. S. 4197 a. d. Geschäftsstelle d. Blattes.

2500 Mark

für 1 Jahr!

[4234]

Kaue auch ganze künstliche Gebisse nach Feststellung der Echtheit.

Sv. Marcin 34, Hallmannsohn.

Ausschneiden!

Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Pozener Tageblatt (Pozener Warte)
für den Monat Dezember 1922

Name

Wohnort

Postanhalt

Straße

TEATR PALACOWY

Heute, Donnerstag, zum letzten Male

Die Ketten der Liebe.

Von Freitag ab:

Mozzuchin und Lisenko im grossen russischen Drama u. d. T.

Im Banne des Satans.

Anfang der Vorstellungen: wochentags um 4, 6 und 8 Uhr, Sonn- und Feiertags um 4, letzte Vorstellung um 8½ Uhr.

Das schönste Weihnachtsgeschenk

ist eine

selbstangefertigte Handarbeit

nach den schönsten Anleitungen und herrlichen Mustern
aus Beyer's Handarbeitsbüchern und
Vorlagen über 60 verschied. Bände, wie:

Kreuzstich — Flachstich — Leichte Buntstickerei —
Weißstickerei — Filetarbeiten — Häkelarbeiten —
Strickarbeiten — Kunststricken — Lehrbuch für Hand- und
Maschinenähnen — Puppenkleidung — Moderne
Alphabete — Hohlsaum und Durchbruchstickereien.

Sämtliche Werke stets am Lager!

Für den Weihnachtstisch sehr zu empfehlen ist:

Das grosse Lehrbuch der Wäsche

mit 4 grossen Schnittmusterbogen.

Vertretung in Polen:

Leonhard Pfitzner, Poznań, ul. Grobla 25a.

Ausführliche Bücherverzeichnisse und Preislisten
werden gegen Einsendung von 50 M. für Porto versandt.

Verband deutscher Tierärzte in Polen.

Sonntag, 3. Dezember, in Bromberg
im „Friedhof“, 12 Uhr mittags diesjährige

Generalversammlung.

Dr. Böhme, Schriftführer.

Achtung! Mein Haus, Achtung!

in Industriestadt Witten a. d. Ruhr,

dreistöckig doppelter Eingang, 24 Zimmer, Hof, Stall, alles
maßlich dazu ½ Morgen Land, laufende Ich gegen gleiches
in Stadt oder Dorf, aber nur im Posenschen. [4247]

Stanislaus Gruschinski, Witten a. d. R.,
Vienenstraße 13.

Gärtner!

In dem Gartenestabiment Helenów in Łódź ist die

Wirtschaftsgärtnerei zu verpachten,

evtl. wird ein selbständiger Gärtner gesucht. [4250]

Offerren erbeten an Helenów, Łódź.

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

[4250]

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 30. November.

Die Aufnahme des polnisch-deutschen Paketverkehrs.

Bon morgen, dem 1. Dezember, ab wird, wie bereits erwähnt wurde, der Postpaketverkehr zwischen Polen und Deutschland wie auch von Polen und den Vereinigten Staaten von Nordamerika eingeführt. Nach und von Deutschland sollen sowohl einfache als auch Wertpostpäckchen befördert werden und zwar letztere bis zu einem Werte von 1000 Franken (heute 300.000 Mfp.). Die Gebühr für gewöhnliche Postpäckchen nach Deutschland beträgt für 1 Paket bis zu 1 Kg. — 85 Cent (heute zu 30 Mfp.) — 2550 Mfp., für Pakete von 1 bis 5 Kilo — 1 Fr. 25 Cent. (heute 3750 Mfp.), 5 bis 10 Kilo — 2 Fr. 5 Cent. (6150 Mfp.). — Nach Amerika sind bis auf weiteres nur einfache Postpäckchen zulässig.

Verschwundene Briefe.

In der Bevölkerung wird vielfach und mit Recht darüber Klage geführt, daß Briefe Postkarten usw. aus dem Auslande unterwegs verloren gehen und hier den „Empfänger“ nicht erreichen. Der Schreiber dieser Zeilen hat schon vielfach im „Pos. Tagebl.“ der Entrüstung der Bevölkerung, sowie seiner eigenen über diese Errungenschaft der Neuzeit Ausdruck gegeben. Erst kürzlich wieder hat ihn ein in Frankfurt a. Oder an ihn aufgegebener wichtiger Brief nicht erreicht. Damit hat die Zahl der in den letzten fünf Monaten an ihn gerichteten verloren gegangenen Briefe eine Höhe erreicht, wie er sie für seine Person während seiner 57 Lebensjahre im ganzen nicht zu beklagen hatte. Über die Ursachen, die zu dem „Verlorengehen“ der Postsendungen in der Gegenwart Anlaß geben, ist an dieser Stelle schon wiederholt gesprochen worden. Es sei nur kurz darauf hingewiesen, daß die Briefmarke es sowohl auf die hohen Werte der ungestempelten, wie der gestempelten Marken abgehen haben. Die Briefe pp. werden zu diesem Zwecke verschlungen und vernichtet, und der Tiger für den Absender, wie den Empfänger ist fertig. Wo diese Briefe verloren gehen, läßt sich natürlich kaum jemals mit Sicherheit sagen, aber soviel steht fest, daß sie höchstens wie drinnen unterschlagen werden. Deshalb muß unter allen Umständen eine schärfere Kontrolle der Briefbeförderung eingeführt werden, damit nicht mit dem wachsenden Porto in Deutschland wird eine neue Portoverhöhung bereit wieder zum 15. Dezember d. J. geplant) die Zahl der Briefe, die ihn nicht erreichen, ins Unermessliche wächst. Neuerdings lassen viele Auslandsmarken auf den Postsendungen die Spuren verdeckter Ablösung erkennen, sind oft auch an den Ecken abgerissen. Die Post würde sich durch die Einführung einer verschärften Kontrolle den Dank der Bevölkerung sichern. Aber, wie schon angedeutet, eine derartige Verschärfung der Kontrolle würde keinen großen Erfolg haben, wenn sie nicht in Deutschland und in Polen gleichzeitig eingeführt würde. Denn leider sind derartige unehrliche Elemente, denen es auf einen Briefbeibehalt mehr oder weniger nicht ankommt, auf beiden Seiten zu suchen, und diesen muß ihr unsauberes Handwerk tunlichst gelegt werden.

Die neue Spiritus- und Branntweinstuer.

Auf Grund des Ministerratsbeschlusses vom 20. d. Mz. tritt am 1. Dezember d. J. die Erhöhung der Spiritussteuer von 2000 M. für je ein Liter auf 2500 M., wenn der Spiritus aus landwirtschaftlichen Brennereien kommt, und von 2100 auf 2700 M. wenn der Spiritus aus industriellen Brennereien kommt, in Kraft. Zugleich tritt eine Busak besteuerung für Alkohol in Kraft, der sowohl im Spiritus als auch in fertigen Branntweinfabrikaten enthalten ist. Jeder, der am 1. Dezember mehr als 5 Liter Spiritus oder Branntweinfabrikate auf Vorrat hat, muß diesen Vorrat spätestens bis zum 8. Dezember d. J. dem nächsten Steueramt und dem nächsten Finanzkontrollamt schriftlich, und zwar in doppelter Ausführung, mitteilen. Die Empfänger von Spiritussendungen bzw. von Sendungen fertiger Branntweinfabrikate, die vor dem 1. Dezember

verschickt wurden und nach diesem Tage in Empfang genommen werden, sind verpflichtet, diese Sendungen bei den oben erwähnten Ämtern innerhalb von 3 Tagen nach Empfang anzumelden. Die Anmeldung der Vorrate soll Angaben über die Menge und den Prozentgehalt des Spiritus, bei den Branntweinfabrikaten die Menge und die Größe der Gefäße, die diese Produkte enthalten, ferner den Aufbewahrungsort der Vorrate angeben. Wer sich an diese Bestimmungen nicht hält, wird streng bestraft.

Das Posener Tageblatt

unterrichtet schnell und zuverlässig über politische, wirtschaftliche und kulturelle Fragen und über das Leben der Deutschen in Polen.

Es bringt künftig wöchentlich drei Beilagen:

Wirtschaftszeitung, Frauenzeitung, Unterhaltungsblatt.

Das Posener Tageblatt kostet für den Monat Dezember:

| | |
|---|---------|
| in der Geschäftsstelle, ul. Zwierzyniecka 6 | M. 1000 |
| in den Ausgabestellen der Stadt Posen | 1100 |
| durch Zeitungsboten frei Haus | 1200 |
| für Auswärtige durch das Postamt | 1320 |

Versammlung amerikanischer polnischer Rückwanderer.

Am Montag abend fand im Zoologischen Garten eine sehr zahlreich besuchte Versammlung polnischer Rückwanderer aus Amerika statt.

Zunächst sprach der Organisator der amerikanischen Polen Ossola über die Organisation der amerikanischen Polen. Er erörterte die Gründung des Rapperswyler Fonds, die Gegensätze bei den Polen in Amerika in religiöser und nationaler Hinsicht, dann das Eingreifen der amerikanischen Polen im Weltkrieg, die Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch eigene Blätter in Rom, London und Paris, sowie die außerordentliche Arbeit Paderewskis. Das alles habe zu dem Wiederaufstehen Polens geführt. Jetzt gelte es, das Gewonnene zu halten, auch durch planmäßige Organisation der Einwanderung aus Amerika, sowie auch dadurch, daß der polnische Arbeiter vor Schaden bewahrt wird. Erwartet werden nach der Schätzung des Vorsitzenden der Posener Staatsverordnetenversammlung, Dr. Mieczkowski, etwa 85.000 polnische Rückwanderer, von denen jeder rd. 2000 Dollars mit sich führt. Wie Amerika den Amerikanern, so müßt Polen den Polen gehören. Im Osten haben sich schon in mehreren Ortschaften die Einwanderer angesiedelt. Dort herrscht eine musterhafte Ordnung, die sich von ihrer Umgebung voneinander unterscheidet. Das erinnere sehr an die Art und Weise, wie die Farmen im Bildwesten entstanden sind.

Ein weiterer Redner Kozakowski vom Verband der öffentlichen Ordnung führte eine scharfe Sprache gegen die Juden und die Deutschen. Die Juden seien die Feinde Polens. Ihnen steht ja der Weg nach Palästina offen. Die internationale Organisation der Juden habe die Parole ausgegeben: „Für Polen weder Nahrungsmittel noch einen Groschen Geld, keine Anleihe, solange nicht die volle Gleichberechtigung der Juden im Staate Polen gewährleistet sei.“ Der Redner rief nach starken Männern, und seine Ausführungen klangen in eine scharfe Dissonanz aus.

Wenn der Redner so stark das religiöse Moment betonte, so konnte man in einer anderen, in der vergangenen Woche abgehaltenen polnischen Versammlung eine starke abweichende Auffassung vertreten sehen. Dort wurde ausdrücklich erklärt: „Polen kann nicht durch gute Katholiken, sondern nur durch gute Polen aufgebaut werden“. Unsere deutschen Mitbürgen müssen zur Mitarbeit herangezogen und nicht etwa ausgeschlossen werden. Denn sonst würde gerade das Gegenteil von dem, was wir erstrebten, erreicht werden.

Aus der Stille dieses Raumes wieder zurück in die freudige Stadt. Zeitungskioske — lachende Freudentempelchen — in unzähliger Vielzahl und Vielkantigkeit, — das Telephonhäuschen, ein kleiner zartgrüner Pavillon — das Warenhaus Parafax, eine an sich glatte nichtsagende Fassade, die, durch mattgetönte Farbenzeichnung geistvoll gegliedert, einen der seltsamsten Eindrücke hinterläßt.

Magdeburg — unter den Schöpferhänden Bruno Taus.

Einen Spaziergang durch Halle, wo wir abermaligen Aufenthalt nehmen wollten, büßten wir durch erhebliche Zugverzögerung ein, genossen dafür aber den ersten richtigen Bismarckkaffee, den wir mit Todesverachtung heruntertranken. Dann reisten wir in unterhaldestärkster Gesellschaft weiter.

Aber vorüber würden die Menschen wohl sprechen, wenn es keinen Krieg gegeben hätte? — — —

Hin und her, jetzt zur Rechten, dann wieder zur Linken schlängelte sich in anmutigen Windungen die Saale, bewaldete Ufer stiegen auf in der ganzen leuchtenden Pracht verglütenden Herbstes. Sonne hob sich aus Nebelgarben, und die herzgewinnende Leblichkeit des Thüringer Landes lag vor uns ausgebreitet. Dann ebnet sich wieder die Ferne, — um ungrenzt schweifte der Blick, — und inmitten dieses Fladlandes liegt — Weimar.

Ich konnte eine Enttäuschung nicht verbergen, als ich den neuzeitlich öden Bahnhof entlangschritt. Wir kamen auf den von eleganten Fremden beherrschten Bahnhofsplatz und dann auf die breite, modern angelegte Sophienstraße, sahen ein Kriegerdenkmal zur Rechten, das Realgymnasium, die Sophienhalle. Ach, ich hatte in einfältigem Glauben erwartet, daß Goethe uns schon beim Eintritt in die Stadt nahe sei. Und wir gingen weiter, ihn zu suchen.

Vor dem Museumsplatz kamen vertrautere Bilder: Die Bürgerschulstraße, Bartuchs Haus, die Wohnstätte Gustavus und ganz unerwartet und ergreifend in seiner Schlichtheit die Inschrift: Hier wohnte Schiller!

Ich möchte nicht erzählen, was längst bekannt ist, von den kleinen Straßen, die erfüllt sind von Denkwürdigkeiten und Gestalten, — von dem Eindruck des Goethehauses am Frauenplan, dem Marktplatz, den kleinen Gaithäusern, die heute noch den Namen von einst tragen. — — —

Wir kamen nach langem Suchen — Weimar ist von Fremden überfüllt — in den Thüringer Hof. Dort in der altertümlichen, behaglich geheizten Cafeteria, in der ehrsame Weimarer Bürger ihren Schoppen tranken, Vereine gründeten und Staatsmänner stürzten, genossen wir das Behagen kleinstädtischer Gemüthsleidenschaft.

W. Lessen.

Bücher und Zeitschriften.

Ostdeutsche Monatshefte (Herausgeber: Carl Lange in Oliva, Verlag Georg Stilke in Danzig und Berlin). —

Das Oktoberheft hat den Charakter eines Danziger Heimatheftes und bringt eine Reihe von Aufsätzen über Danziger Kunst, Handel und Industrie sowie die erste Reproduktion der neuendekorierten Fresken in der Marienkirche. Das Verhältnis Danzigs zu Deutschland behandelt Hermann Strunk in der Form eines Briefwechsels zweier Deutschen, über den Gegenwartswert der Heimatgeschichte schreibt Dr. Erich Kahler, der Verfasser des vor kurzem erschienenen und auch hier besprochenen Buches „Danzigs Geschichte“. Dem musikalischen Leben Danzias sind Aufsätze von Walther Kühn („Die ersten

Versammlung der Kaufmännischen Angestellten.

Die andauernd steigende Lebensmittelsteuerung hatte den Anlaß zu einer Versammlung der Kaufmännischen Angestellten gegeben, die gestern abend im früher Stern'schen Saale abgehalten wurde und derartig übersättigt war, daß gegen 1000 Personen keinen Einlaß mehr fanden.

Kaufmann Stadt. Zofia eröffnete die Versammlung, worauf der Kaufmännische Angestellte Franz Gurski den Vorsitz übernahm, dieser erließte dem Vorsitzenden der Kaufmännischen Angestelltenvereinigung Spar, das Wort zu einem etwa 1/2 stündigen Vortrage, dieser schilderte die mit den Arbeitgebern geschlossenen Verhandlungen, bei denen von den Arbeitgebern öfter das Wort vom Liberalismus gefallen sei. Der Kaufmännische Angestelltenverband sei bemüht gewesen, in diesem Sinne zu verbünden. Bis zum Jahre 1921 konnte der Tarif noch minimal genannt werden. Im Juli kam dann der „Freie Handel“ wo die Mark infolge der Teuerung in den Verkehr geworfen wurde. Als das Gehalt der Angestellten nicht mehr als zeitentsprechend betrachtet werden konnte, kam Leben in die Bewegung.

Im Oktober kam dann die Baisse, und es hatte den Anschein, als ob das wirtschaftliche Leben gefunden hätte, deshalb wurde eine Herabsetzung der Löhne vorgenommen, das Personal wurde verringert und die Kontrakte wurden geändert. Die Angestellten wandten sich an den Verband der Kaufleute, um das Unrecht von den Kollegen abzuwenden. Der Antrag wurde zwar freundlich aufgenommen, blieb jedoch ohne Erfolg. Denn nicht der Verband der Kaufleute, sondern der Verband der Arbeitgeber hatte die Ausführung der Beschlüsse.

Im Januar kam es zu den Verhandlungen im Departement der Arbeit. An vielem sind die Kollegen selbst schuld, da die späteren Versammlungen sehr schlecht besucht waren und sich kein Interesse bei den Angestellten zeigte. Die Fragen wurden für den Verband sehr schwierig, und so wurde die Frage gestellt: „Soll ein Tarif für die Angestellten sein, oder nicht?“ Der Verband entschied sich für den Tarif, der neu ausgearbeitet wurde.

Kaufmann Stadt. Zofia: Die Kaufleute haben die Verhandlungen mit uns abgebrochen und haben, ohne eine Verständigung mit uns nachzuhören, die Zulage auf 20 v. H. festgelegt. Dagegen müssen wir Einspruch erheben. Wir behaupten, daß der Tarif minimal ist und heute für die Angestellten zum Leben nicht ausreicht. Das haben die Kaufleute in den Verhandlungen auch anerkannt. Wir lehnen die Verhandlung ab.

Angestellter Strzykowski: Wir kommen zu solchen Verhältnissen wie in Warschau, wo 6 Leute in einem Zimmer wohnen und sich mit 2 Heringen begnügen müssen. Aber schuld daran ist die Interessenlosigkeit der Kollegen. Wir wollen immer loyal bleiben. Aber wenn der Ruf kommt, so seid gerüstet. So geht es nicht weiter, sonst würden wir nur noch das trockene Brot haben. Was den Angestellten fehlt, das ist der Mut. Schließt die Reihen und organisiert Euch. (Stürmisches Beifall).

Ein anderer Redner wandte sich gegen die hohen Bezüge der Direktoren, die zu dem geringen Verdienst der Angestellten im grellen Wider pruch stehen. Fortwährend würden die Preise erhöht. Der Dollar sei nicht in dem Maße gestiegen. Was die Angestellten verlangen, sind keine Gratifikationen, sondern aus solidarischen Gehältern. Es müsse einmal Licht in die Preisstreitberei gebracht werden.

Am Schlusse der Versammlung wurde eine Entschließung angenommen, die an der Forderung einer Zulage von 40 v. H. festhält. Sollten die Kaufleute noch weiter auf ihrem Standpunkt gegen die Angestellten verharren, so würde die Lohnkommission ermächtigt, Schritte zu unternehmen, welche die Kaufleute in moralischer Hinsicht zu der Anerkennung der Forderung ihrer Angestellten zwingen werden.

Einweihung des neuen Postsparkassengebäudes. Am Sonnabend, 2. Dezember, mittags 12½ Uhr, findet die Einweihung des neuen Gebäudes der Postsparkasse in der ul. Dąbrowskiego 6 (früher Große Berlinerstr.) statt. An diesem Tage wird die Kasse für Ein- und Auszahlungen nur bis 11½ Uhr geöffnet sein.

Die Gefährdung der Milchversorgung einstweilen rückgängig gemacht. In der Angelegenheit der von Warschauer Eisenbahnenministerium zum 1. Dezember d. J. getroffenen Anordnung über die Kenntlichmachung der zulässigen Eisenbahnen gelangenden Milchländer wurde gestern eine Deputation von Milchinteressenten unter Führung des Stadtrats Nowicki beim hiesigen Eisenbahndirektor vorstellig. Die von ihr gegen die Neuordnung vorgebrachten Bedenken waren derartig überzeugend und stichhaltig,

Konzerte in Alt-Danzig), Hermann Merz („Wert und Biel der Waldoper“) und Wiliibald Omontowski („Was die Waldoper für unsere Heimat bedeutet“) gewidmet. Das Novemberheft hat den Untertitel „Sonderausgabe: Polen“. Seinen Inhalt bilden hauptsächlich Aufsätze über Kongreßpolen: Die Weltlage Kongreßpolens behandelt Prof. Fritz Braun, die Brüderbauden des deutschen Generalgouvernements in Warschau (mit 18 Bildern) Julius Kothe, die Entwicklung der Verkehrswägen in Kongreßpolen Prof. Fritz Braun. Mehrere Aufsätze des inhaltreichen Heftes handeln von dem Deutschland in Polen: Altes und Neues aus der Geschichte der Deutschen in Polen erzählt Albert Breuer, von Sitten und Bräuchen der Deutschen in Kongreßpolen Adolf Kargel, vom deutschen Schriftum in Kongreßpolen Julian Will, vom deutschen Theater in Kongreßpolen Theodor Busch, von der Hilfsräte der Lodz Deutschen J. Schönberger, vom geistigen Leben Thoms Reinhold Heuer, von der Deutschen Kulturarbeit in Polen G. R. Praschinger, eine Sage der Deutschen in Polen („Der Nachtwäger“) gibt Adolf Kargel wieder.

Spis gazet i czasopism Rzeczypospolitej Polskiej (Zeitung und Zeitschriften der Zeitungen und Zeitschriften der Republik Polen), herausgegeben von dem Anzeigenbüro Tesfil Pietraszef (Warschau, ul. Marszałkowska 115). der Zeitungen und Zeitschriften der Republik Polen) herausgegeben von dem Anzeigenbüro Tesfil Pietraszef (Warschau, ul. Marszałkowska 115).

Ein Verzeichnis der periodischen Presse Polens, das ohne Zweifel einen vorhandenen Bedürfnis entgegenkommt. Die in Polen erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften sind nach fünf Gesichtspunkten geordnet: 1. die Zeitungen und Zeitschriften in der alphabetischen Reihenfolge der Namen der Gründungsorte; 2. die Zeitungen und Zeitschriften in der alphabetischen Reihenfolge ihrer Titel; 3. die polnische Presse und die Amtsblätter; 4. die polnische Fachpresse; 5. die fremdsprachige Presse in Polen. In dem zuletzt genannten Abschnitt sind 2 russische, 2 englische, 6 russische, 17 tschechische, 28 jüdische und 61 deutsche Zeitungen und Zeitschriften aufgeführt. Das Verzeichnis der deutschen Presse ist nicht vollständig. Es fehlen unter anderem die in Bromberg erscheinenden „Deutschen Nachrichten“, die „Danziger Zeitung“ und acht in Łódź erscheinende deutsche Wochenblätter. Ebenso fehlen in diesem Abschnitt und in dem Abschnitt der Fachpresse die pädagogischen Zeitschriften und Lehrerzeitschriften. Demgegenüber bringen sowohl dieser Abschnitt als auch die vorausgehenden Abschnitte ein Zubiel insofern, als die Danziger Zeitungen mit aufgeführt werden, die doch wohl nicht in ein Verzeichnis, der in der Republik Polen erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften gehört. — Ein Anhang gibt ein Verzeichnis der außerhalb Polens erscheinenden politischen Zeitungen und Zeitschriften, nämlich 105 in Amerika, 1 in England, 2 in Österreich, 1 in Bulgarien, 1 in der Tschechoslowakei, 1 in China, 4 in Frankreich, 1 in Japan, 1 in Lettland und 11 in Deutschland: „Dziennik Berliner“ (Berlin), „Wiadomości“ (Bogum), „Kurjer Szlaski“ (Gleiwitz), „Oberlausitzer Post“ (Gleiwitz), „Szczecin“ (Gleiwitz), „Nowiny Godzienne“ (Oppeln), „Gazeta Opolska“ (Oppeln), „Narodowice“ (Herne), „Naród“ (Oberhauen), „Gazeta Olkuska“ (Altenstein). — Wird durch die hervorgehobenen Mängel der Wert des Verzeichnisses auch eingeschränkt, so wird es doch auch in seiner noch unvollkommenen Gestalt praktische Dienste leisten können und dem, der sich über die periodischen Presse Polens, die Erscheinungsorte, die Auflagen, die Herausgeber usw. unterrichten will, ein unentbehrliches Nachschlagewerk werden.

dass der Eisenbahnpräsident die einstweilige Zurückziehung der Verordnung versprochen hat. Hoffentlich verschwindet sie überhaupt ganz in der Vergangenheit.

Deutsche Vorlesungsveranstaltungen. Die Vorlesungen über das deutsche Drama seit 1890 müssen bis auf weiteres unterbrochen werden. Die Fortsetzung wird durch die Presse bekanntgegeben werden. — Der Buchführungs-Kursus von Herrn Diplomhandelslehrer Regener findet von jetzt ab Mittwoch von 7—9 in dem jeweils im Eingang bezeichneten Raum des Evang.-Vereinshauses statt. Am Montag, dem 4. Dezember, wird ein neuer Anfänger-Kursus in der Stenographie beginnen, und zwar um 7 Uhr abends in der Mittelschule Ritterstraße.

Großes Theater. Freitag: Verdis "Maszenball". Sonnabend: "Konrad Wallenrod". Sonntag nachmittag: "Alberts Tiefland" (halbe Preise). Sonntag abend: "Die Tüddin". Die Aufführungen von "Konrad Wallenrod" beginnen von jetzt an schon um sieben Uhr, damit den Besuchern von auswärts die Rückfahrt am selben Abend ermöglicht wird.

Zwei bemerkenswerte Neuauflührungen bereitet die Direction des Großen Theaters vor. Im Dezember sollen Strauß's Komische Oper "Die Fledermaus" und Humperdinck's Märchenoper "Hänsel und Gretel" zum ersten Mal im Großen Theater aufgeführt werden. Die musikalische Leitung der "Fledermaus" hat Herr Director Sternich übernommen, Humperdinck's Oper wird von Herrn Kapellmeister Wojciechowski dirigiert. Die Proben zu beiden Opern sind in vollem Gange. Beide Erstaufführungen sollen noch vor Weihnachten stattfinden.

Konzert. Heute, Donnerstag, spielt im evang. Vereinshaus der Pianist Wladyslaw Wlakat (Beethoven, Chopin, Liszt, Röschke, Schubert, Schumann, Burlath). — Am Montag (4. Dezember) findet das Konzert des dänischen Geigers Nohans Nilsson statt, der das a-Dur-Konzert und die Violinsonate Nr. 9 von Mozart das d-Dur-Konzert von Brahms und "La Folia" von Corigliano wird. Kartenverkauf in der Zigarrenhandlung W. Gorski (Hotel Monopol).

Gutsverkauf. Prinz Reuß-Wernigerode hat, wie die "Prototyp. Zeit.", berichtet, in seiner Ansiedlungsfrage wegen Anerkennung seines Besitzes und Verfügungsrights erreicht. Bischöflich wurde an den Fürsten Garzorthski verkauft. Die Übergabe fand Ende der letzten Woche statt. Forstrat Heldenstein vom fürstlichen Forstamt Protoschin fungierte hierbei als Taxator.

Abgewandert ist der hier in weiten Kreisen bekannte und geschätzte Rentner Ed. Hampel, früherer Mitinhaber der Speditionsfirma Karl Hartwig. Er hat sich auch um das Wohl der Stadt verdient erworben, war lange Jahre Stadtvorsteher und gehörte auch als beratendes Mitglied der heutigen Handelskammer an. An 200 Jahren war die Familie Hampel mit ihren Vorhaben hier anlässig. Herr Hampel hat in Berlin seinen Wohnsitz genommen.

Athletische Wettkämpfe. Der Sportklub "Dobroko" veranstaltet am Sonnabend, dem 2. d. Ms., abends 7½ Uhr im Saale des Zoologischen Gartens Wettkämpfe im Ringkampf, Boxen und Gewichtheben. Es nehmen die athletischen Vereine aus Bromberg, Nowotrawsk und Posen an den Rennen teil.

X Polizeiliche Lebensmittelrevisionen. Im Oktober fanden 82 Revisionen in Milchverkaufsstellen statt. 27 Milchproben wurden unter dem Verdacht, gefälscht zu sein, der chemischen Untersuchung übergeben. Außerdem wurden chemisch untersucht: 1 Marmeladenprobe, 4 Proben geräucherte Fleisch und eine Wurstprobe. In Hinblick auf Reinlichkeit und Hygiene wurden untersucht: 214 Fleischverkaufsstellen, 48 Fleischerwerbstätten, 118 Fischverkaufsstellen, 63 Bäckereien, 64 Lebensmittelgeschäfte, 18 Kinderwäschereien und Cafés, 28 Gastronomien, 18 Delikatessen, 8 Wäscheläden und 32 Friseurgeschäfte. Auf Grund dieser Revisionen wurde Strafantrag gegen 6 Milchhändler gestellt; außerdem wegen Richtersichtlichmachung der Preise an den Kunden gegen 39 Geschäftsinhaber. Beischlagnahmten wurden 165 Liter Milch als gefälscht. Verurteilt wurden 18 Pgr. Pilze, weil sie zum Genuss ungeeignet waren.

X Beschlagnahme Diebesbuden. Beschlagnahmten wurden, weil vermutlich aus einem Diebstahl herrührend, vom 3. Polizeikommissariat in der ul. Przemysłowa (ir. Margarethenstr.) eine Rohrschneiderei, ein Zahler Markt, Schuhlehrer, ein Gewindeschneider und ein großer Posten Zinn. Zu erkennen im genannten Polizeikommissariat. Angebauten wurden gestern ein Mann, der 50 Emaileschüsseln verworfen wollte, über deren rechtmäßigen Erwerb er sich nicht aussagen konnte. Nachzufragen im 2. Polizeikommissariat in der Wielkie Garbarz (ir. Große Gerberstr.).

X Einbruchdiebstähle. Vergangene Nacht gegen 4½ Uhr wurde von einem Schutzmannsposten festgestellt, dass die große Schauklenferscheibe des Preußischen Kolonialwarengeschäfts in der ulica Zwierzyzinska (ir. Tiergartenstr.) von unbekannter Hand zertrümmert worden war, vermutlich um die im Schaufenster ausgelegten Waren zu rauben. — Aus einem Magazin in der ul. Wenecjańska 6 (ir. Venetianerstr.) wurden zwei Rollen Zinkblech im Werte von 500 000 M. gestohlen. — Vom Boden des Hauses sw. Marcin 57 (ir. St. Martinstr.) wurde ein beigebarter Damenschrank und ein brauner Koffer weggezogen im Werte von 300 000 M. gestohlen.

Besitzwechsel.

— Hasenau, Kr. Schweiz, 28. November. Das Ansiedlungsgrundstück des Besitzers Lachowicz ist in letzter Zeit durch Verkauf in polnische Hände übergegangen.

— Prust, Kr. Schweiz, 28. November. Durch Verkauf ging in letzter Zeit das Ansiedlungsgrundstück des Besitzers Wilhelm Dreyer in andere Hände über.

* Bromberg, 26. November. Die "Deutsche Rundschau" berichtet: Die amerikanischen Rückwanderer nach Polen hatten am Sonntag eine allgemeine Tagung in Bromberg. Aus allen Teilen Westpolens waren Vertreter der Dollarschwestern und dollardarunterstützten fröhlichen freien amerikanischen Bürger herbeigeeilt, um über ihr Schicksal und ihr ferneres Fortkommen in Polen gemeinsam zu beraten. Viele von ihnen fühlten sich schwer enttäuscht. Fast siebentausend der Rückwanderer haben bereits die "Heimreise" nach Amerika wieder angetreten. Die Bromberger Tagung begann mit einem Gottesdienst in der Kirche des Florianskirch, dann folgte die konstituierende Sitzung im "Ogniska". Als Vorsitzender fungierte Pschorer Jaworski aus Posen, eine Kommission arbeitete die Statuten aus, und ein Bericht an den Sejm wurde verfasst, um durch ihn dieselben politischen und wirtschaftlichen Rechte zu erlangen wie andere Verbände, um eine Erleichterung bei Grundstücksläufen zu erreichen. Als Name wurde gewählt: "Verband der Polen aus Amerika". Bezirksgeschäftsführer für Pommern und Posen wurde Herr Przyboczyński. Er wünscht ist noch, dass der große Seel die Versammlungsteilnehmer kaum fassen könnte. Vertreter aus Lissa, Posen, Nowotrawsk, Bromberg, Thorn, Graudenz und anderen Orten nahmen an der Versammlung teil.

* Galm, 26. November. Der Maschinist Jan Werner auf dem Rittergut Stuhhof, kleinen Kreises, der in dem Elektro-Netzwerk beschäftigt war, wurde dort leblos aufgefunden. Jedenfalls ist er der Starkstromleitung zu nahe gekommen.

= Friedingen, Kr. Bromberg, 28. November. Bei der am 25. d. Ms. hier abgehaltenen Treibjagd wurden 63 Hasen erlegt.

* Rawitsch, 26. November. Der "Rawitscher Zeitung" entnehmen wir folgenden humorvollen Nachrichten für die hiesige Gasanstalt: "Unsere Gasanstalt bleibt das Schwertes Kind unserer Stadt. Vor einigen Wochen muhte man ihm einen kräftigen finanziellen Vorwurf in Gestalt von 'Kontitionen' geben, damit es überhaupt am Leben blieb. Diese Extrapeise schmeide ihm anscheinend ausgesetzt, es lebte von neuem auf, gab kräftig Gas von sich — wenn auch für immer teureres Geld —, und da seine neuen Adoptivväter für das fronde Kind so überaus günstige Prognosen abgegeben, glaubte jedermann an seine weitere Lebens-

fähigkeit. Weit geschieht! Seit Wochen schon stellen sich bei dem Schmerzenskind erneute Atmungsbeschwerden ein. Sein Odem strömte nur noch zeitweise, unregelmäßig, meist dann nicht, wenn man ihm gerade am notwendigsten brauchte; seit den letzten Tagen lag es schon in den leichten Bügen, und erst gestern abend ging ihm die Puste gänzlich aus. An dem Grabe des unglücklichen, durch Geld- und Kohlennott zugrunde gegangenen Opfers trauern alle die vielen, die, auf Gedächtnis und Verdacht mit ihm verbunden, nun auch mit ihm in tiefer Nacht verloren. Man könnte dem toten Kindlein einzige Tränen nachweinen, denn wie weiß es an seinem Absterben selbst die Schulz trug, ist ja nicht erwiesen. Man könnte wohl, aber man kann nicht. Denn das Häufchen Unglück, als das es sich in letzter Zeit erwiesen, hat einen so störrischen, rücksichtslosen Charakter gezeigt, dass einem die Galle überlaufen könnte. Wenn seine Geldnot schon so arg war, seine Atemstöße nur noch zeitweise lichtpenden Odem in das Röhrensystem ergieben könnten, — warum — so fragt sich jeder, der noch ein wenig Ordnungssinn im Leibe hat —, zeigte es sich die ganze Zeit so höllischarrig und bö artig? Warum erfuhr man nicht, wann ihm die Atemnot ankommt? Diese Müdigkeitslosigkeit wird ihm die Öffentlichkeit nicht verzeihen können, es wäre denn, doch es sich höchst sehr bessert. Dazu muss es allerdings erst von seinem Scheintode zu neuem Leben erwachen. Ja, lieber Leiter, hoffnungsfundiger Gasconsument, und fragst du vergebens; versuch es mal an „zuständiger“ Stelle.

Aus Kongressen und Gesellschaften.

* Lódz, 27. November. Aus einem Fenster des 3. Stockwerks des Hauses in der Bonifacjstr. 49 fiel der ohne Aufsicht gelassene 4-jährige Edmund Grzesiak auf das Straßenplaster hinab und erlitt so schwere Verletzungen, dass er auf dem Wege zum Spital starb.

* Krakau 28. November. Am Sonntag früh morgens wurden auf dem biegen Personenbahnhof in einem an den Kassenraum angrenzenden Zimmer zwei Personen, Mann und Frau, deren Namen nicht festgestellt werden konnten, leblos aufgefunden. Beide waren durch austromendes Leuchtgas vergiftet. Es gelang, die Frau wieder zum Bewusstsein zurückzubringen, während beim Mann alle Wiederbelebungsversuche vergeblich waren. Es waren Reisende die auf das Einreffen eines Personnaux warteten.

Aus dem Gerichtssaal.

Berurteilung eines jugendlichen Raubmörders.

□ Posen, 29. November. Vor der 4. Strafkammer hatten sich heute zwei jugendliche Angeklagte, die Gebüter Maximilian (19 Jahre alt) und Richard Wenderski (17 Jahre alt) aus Wilna wegen eines an dem 21-jährigen Handlungsgehilfen Jonah Pacziarek aus Samotschin am Ostermontag verübten Raubmordes zu verantworten.

Am Ostermontagabend, 15. April d. Js., früh stand man in den Anlagen zwischen Schloss und Theater die Leiche eines offenbar ermordeten und beraubten jungen Mannes vor, der bald darauf durch die Feststellungen der Kriminalpolizei als der 21-jährige Handlungsgehilfe Jonah Pacziarek erkannt wurde, der in dem Fouragetrakt von Kolodziejewski in Samotschin beschäftigt gewesen war. Als zuverlässiger Angestellter der Firma war er in der Nacht zum Karfreitag zusammen mit seiner Braut nach Posen gekommen, um hier im Auftrage seiner Firma einzugehen. Nachdem er das an verschiedenen Stellen besorgt hatte, hatte er sich Freitag vormittag auch zu einem gewissen Lutanowski, Görlitz Wilna 94 (ir. Kronprinzenstraße), einem Mann, der wegen Beteiligung an einem Automobilbrand in Haft genommen war, begangen. Aus diesem Grunde traf er ihn nicht an. Die beiden Wenderskis, deren Vater in Görlitz Wilna 94 (ir. Kronprinzenstraße) Mitteilhaber der Firma ist und neben dem sog. Konor ein Schlosser war, der in der Firma war er in der Nacht zum Karfreitag zusammen mit seiner Braut nach Samotschin zurückgekehrt; er verabredete mit seiner Braut, dass diese sich allein nach dem Bahnhofe begeben möchte, er habe inzwischen noch ein Geschäft in Wilna abzuwickeln. Von da an fehlte bis zur Auftindung der Leiche am Sonnabend morgen in den Aulagen vor dem Stadtheater jede Spur. Kriminalkommissar Adamczewski stellte noch im Laufe des Sonnabend vormittag einwandfrei fest, dass Pacziarek am Karfreitag im Kontor an der Görlitz Wilna (ir. Kronprinzenstraße) gewesen war. Die beiden Brüder Wenderski erklärten zwar, dass Pacziarek dort gewesen sei, dass sie aber über seinen Verbleib nichts wüssten. Gleichwohl nahm Herr Adamczewski die beiden Brüder und deren Vater, der inzwischen aus der Untersuchungshaft wegen der Automobilanlegenhheit entlassen war, wegen Verdachts fest. Inzwischen entwidete die Kriminalpolizei zur Auflösung des Tatbestandes eine energische Tätigkeit, die am ersten Osterfeiertag fortgesetzt wurde und von Erfolg begleitet war. Bei der Durchsuchung der Werkstätte fand Kriminalkommissar Adamczewski zwischen einem Holzhaufen 10 000 M. In einem eisernen Ofen fanden Kriminalbeamte 26 000 M. und schließlich unter einer Chaiselongue 300 000 M. bestätigt, im ganzen also 427 000 M. Am ersten Osterfeiertag abends wurden die beiden Brüder nun nochmals von der Kriminalpolizei vernommen, schließlich gestanden sie angeblich des aufgefundenen Geldes die Tat ohne jede Spur von Reue ein. Als Urheber des Raubmordes wurde der jüngere Bruder Richard festgestellt. Er hatte bei Pacziarek eine lederne Tasche mit reichem Geldinhalt geschenkt und wusste seinen Bruder zu überreden, Pacziarek zu ermorden. Der ältere Bruder Maximilian erklärte sich damit einverstanden. Beide verabredeten, Pacziarek an den Fernsprachapparat zu locken und ihn dort, während er Lulanowski Unrat hörte, von hinten mit einem Hammer zu erschlagen. Kurz darauf erschien Pacziarek nochmals und erhöhte auf seine Frage nach Lulanowski die Antwort, dass er nicht da sei; aber vielleicht trage er einmal bei einer Firma telefonisch nach ihm an. Raum hatte Pacziarek niehergestellt und den Hörer in die Hand genommen, als ihm Maximilian Wenderski einen wichtigen Hieb über den Kopf verpasste, so dass er beinahe blind in den Stuhl zusammenbrach. Dann verließ er im noch zwei Hiebe über den Schädel. Nun griff Richard Wenderski ein, und man schleppte den schon Leblosen aus dem Kontor in die Werkstatt. Dort verließ ihn Maximilian noch drei Hammerschläge auf den Rücken und auf den Schädel. Nachdem der Tod nun einwandfrei feststand, wurde die Leiche in eine angrenzende Kammer geschafft und das Gelände verteilt und an den angegebenen Stellen versteckt.

Große Sorge bereitete den beiden jugendlichen Verbrechern die Wegschaffung der Leiche aus dem Hause Görlitz Wilna 94. Doch auch hier fand Richard Wenderski einen Ausweg. Die Wache Bygnacka 12 (ir. Niederschlesische Straße) wohnende Mutter der beiden Söhne hatte gewünscht, dass ihre Söhne am Karfreitag abend einen Sack mit Holz und einen halben Sack Koks aus der Werkstatt mitbringen sollten. Sie boten sich zu die am Zweck einen Handwagen, stellten die Leiche in einen Sack, den sie mit der bei der Leiche später vorgefundene Drahtschlinge zusammendrängten, und verluden sie unter dem Holz und Koks auf dem Handwagen. In den Anlagen am Schloss, wo sie gegen 10 Uhr eintrafen, legten sie die Leiche nieder; dort wurde sie dann am Sonnabend früh gefunden.

Die heutige Verhandlung war reich an psychologischen und dramatischen Momenten. Bereits früher hatten die beiden Angeklagten ihr erstes Geständnis widerrufen und behauptet, dass dieses ihnen abgepreist worden sei, der ältere Angeklagte blieb auch in der Verhandlung dabei, dass er von der ganzen Angelegenheit nichts wisse. Der jüngere Bruder hingegen wiederholte sein Geständnis, dass er wenige Stunden nach der Tat abgelegt hatte. Dank des umsichtigen und zielbewussten Vorgehens der Kriminalbeamten, besonders des Kriminalkommissars Adamczewski, war es den beiden jugendlichen Verbrechern nicht mehr möglich gewesen, das Kapitalverbrechen zu verschleiern. Weiter gewährte die Verhandlung einen erschreckenden Einblick in die Atmosphäre, in der die beiden Verbrecher groß geworden waren. Der Vater, ein Tropfer, der es mit der ehelichen Treue nie genau genommen und seit langer Zeit von seiner Frau getrennt gelebt hat, ein

schlechter Erzieher seiner Kinder, der für sie nie ein freundliches Wort, sondern brutale Gewalt bereit hatte. Unter solchen Umständen wird das entfehlige Verbrechen zwar nicht begreiflich, aber doch immerhin in gewissem Sinne menschlich verständlich.

An dieses furchtbare Milieu, in dem die jugendlichen Verbrecher groß geworden waren, knüpfte der Verteidiger der beiden Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Gläser, in seiner Verteidigungsrede an, in der er auch der unsichtigen Tätigkeit der Kriminalpolizei zur Schleunigung Aufklärung des Verbrechens voll Anerkennung zollte.

Der Gerichtshof fallte folgendes

Urteil:

Maximilian Wenderski wurde zum Tode und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, Richard Wenderski zu 7½ Jahren Gefängnis verurteilt.

In der Begründung machte sich der Gerichtshof die von der Verteidigung vorgebrachten Momente hinsichtlich der schlechten Erziehung der beiden Angeklagten, ebenso der Anerkennung der Tätigkeit der Kriminalpolizei bei der Aufklärung des Verbrechens ganz zu eigen.

* Inowrocław 28. November. Am April d. Js. wurde der Töchter Breitenfeld aus Posenfeld vom heiligen Gericht, das unter dem Vorsitz des Richters Konziewski amtierte, wegen angeblicher Verleumdung polizeilicher Funktionäre zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Der Panzlist Egonhardt wegen angeblicher Withe verurteilte in dieser Sache zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verurteilten hatten gegen diese Urteile Petition eingereicht und wurden nun in dem gestern vor der biegen Strafammer erfolgten Verurteilungsprozess freigesprochen.

Sport und Jagd

V Ein Wettschwimmen in Berlin. In Anwesenheit von Vertretern der Reichsbehörden und des Oberbürgermeisters Voß ging das Wettschwimmen des Schwimm-Sportclubs 1889 in Berlin vor sich. In den beiden Hauptentscheidungen gelang es dem deutschen Meister Max Ademacher den deutschen Freistilmeister Heinrich über 96 und 102 Meter einwandfrei zu schlagen.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Ausführungen unseres Lesers gegen Entfernung des Bezugssatzes unterblieben)

Chr. Ar. in P. 1. Ihre Gemeinde hat gegenwärtig überhaupt nicht das Recht, Ihnen die Wohnung im Gemeindehause zu fördern, da das nach u. die Bestimmungen des Mieterleidungsgesetzes vom 18. 12. 1920 verstoßen würde. 2. Ihr Gemeindevorsteher hat die Verpflichtung, Sie gegen event. gewaltsame Vorgehungen in Sicherheit zu nehmen. Sollte dieser versagen, dann wenden Sie sich an Ihren Disziplinskommissar bzw. Ihren Starosten um Schutz. 3. Dazu ist zurzeit niemand verpflichtet. 4. In der Angelegenheit würden Sie sich an das Deutsche Reichsgericht, Abteilung Abwanderung, in Posen, Aleje Chopina 3a (ir. Schubachallee) wenden müssen. 5. Siehe unter 4. 6. Sichtvermerk ist die Verdeutschung für das prächtige Wort "Bismarck".

U. M. hier. 1. Die Befreiung nach Ober-Sekunda gestatt. 2. Darüber können wir Ihnen nichts bestimmtes sagen. Unser Wissen erfolgt eine derartige Befreiung, wie sie für Einjährig-Feuerwehrleute möglich war, nicht mehr. 3. Die vorherige Einkleidung der Militärsicht darf unter allen Umständen nicht ordert werden.

G. D. S. 99. Das heut noch gültige Mieterleidungsgesetz vom 18. 12. 1920 sieht für derartige Wohnungen eine Mietserhöhung um 100 v. H. vor. Der heutige Mietpreis würde demnach monatlich 90 M. betragen.

C. 2. W. 1. Ja. 2. Wir wünschen keinen Grund, der dem entgegensteht. 3. Nein. 4. Erst recht nicht, geht den gar nichts an. 5. Ja. unter der Voraussetzung, dass Sie jetzt und Wohnung nachwählen können.

R. P. in 2. In Polen-Oberschlesien die "Ratowitzer Zeitung" in Katowitz, in Deutsch-Oberschlesien die "Schlesische Zeitung" in Breslau, in Pommern die "Danziger Neuesten Nachrichten" in Danzig.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Posener Viehmarkt vom 29. November 1922.

Es wurden gezahlt für 50 Kilogramm Lebendgewicht:

| | |
|---|--|
| I. Küder: A. Ochsen I. Sorte 30 00—31 00 M. II. Sorte 25 00—26 00 M. III. Sorte 15 00—16 00 M. B. Bullen I. Sorte 30 00—31 00 M. II. Sorte 2 000—26 000 M. III. Sorte 15 000 bis 16 000 M. C. Färse und Kühe I. Sorte 30 000—31 000 M. II. Sorte 51 00—51 50 M. III. Sorte 45 000—46 000 M. | II. Schafe: I. Sorte 33 000—38 000 M. II. Sorte 30 000 bis 31 000 M. |
|---|--|